Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966 ✦ Dienstag, 19. Dezember 1989 ✦ Nr.242 (6 120) ✦ Preis 3 Kopeken

Volksdeputierte der UdSSR über Wirtschaftsprogramm der Regierung

Der Präsident der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, B. J. Paton, hat am 15. Dezember auf einer Plenarsitzung des zweiten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur grundlegenden Verbesserung der Situation im sozialen Bereich unterstützt. Zugleich sprach sich der Wissenschaftler dafür aus, daß die Volkswirtschaft nicht nur dem Menschen, sondern auch der Natur dient. Nach Meinung des Deputierten ist der ökologische Aspekt in den von der Regierung erarbeiteten Maßnahmen ungenügend beachtet.

Zur Energiewirtschaft sagte B. J. Paton, daß es unmöglich ist, durch die Inbetriebnahme von Kernkraftwerken der heutigen Generation allein die Lösung des Problems der Stromversorgung zu sichern. Er vertrat den Standpunkt, daß in den nächsten fünf bis sieben Jahren, in denen neue Energieblöcke gebaut werden, der Mangel an Elektroenergie durch den Einsatz von Wärmekraftwerken, vor allem von mit Erdgas betriebenen, beseitigt werden sollte.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Volksdeputierten des Regionssowjets Chabarowsk, I. N. Daniljuk, rief dazu auf, der Regierung Vertrauen zu schenken und ihr alle erforderlichen Vollmachten zu geben, um die politische und die Wirtschaftsreform in die Tat umzusetzen. Der Volksdeputierte ging ferner auf die Probleme des Fernen Ostens, darunter auch der Region Chabarowsk, ein. Er sprach sich ferner für eine Geldreform aus, die von der Regierung abgelehnt wird.

Über die Notwendigkeit des Privateigentums an Grund und Boden, der vererbt, aber nicht verkauft werden dürfte, sprach der Direktor eines Gestütes im Gebiet Perm, A. D. Menschatow. In seinem Diskussionsbeitrag nannte er unter vielen möglichen Wegen zur Stimulierung der landwirtschaftlichen Produktion solche Formen der Arbeitsorganisation wie Farm, individuelle Wirtschaft, Pacht und Kooperation.

Die Diskussionsbeiträge von Vertretern der Unionsrepubliken galten hauptsächlich dem Problem der wirtschaftlichen Souveränität.

Wie A. W. Gorbunow, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets Lettlands, erklärte, dominieren in der öffentlichen Meinung Lettlands zwei Haltungen zur Föderation: Austritt aus der Union oder Dezentralisierung und strikte Abgrenzung der Funktionen der Union und der Republiken zugunsten der letzteren. Er rief zu wirksamen Maßnahmen auf, mit denen der Status der Unionsrepubliken durch reale Souveränität untermauert wird. „In dieser Situation müssen wir energisch und konstruktiv handeln, ohne uns an die überholten Festlegungen und Gesetze binden zu lassen", erklärte er. Nach seiner Meinung sollten der Oberste Sowjet der UdSSR zusammen mit den Unionsrepubliken den Problemkreis exakt festlegen, zu dem die Gesetze der UdSSR mit Zustimmung aller Republiken bzw. mit Zustimmung nur der Republiken verabschiedet werden, die diese unmittelbar betreffen. „Auf diese Weise kann man das Prinzip ansteuern: Dominanz der Unionsgesetze in den föderativen Beziehungen und Dominanz der Gesetze der Unionsrepublik innerhalb der jeweiligen Republik", sagte er.

Andere Akzente setzte in seiner Rede der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets Moldawiens, M. I. Snegur. Er unterstützte im großen und ganzen das von der Regierung der UdSSR vorgeschlagene Programm der Stabilisierung der Wirtschaft und der Wirtschaftsreform, äußerte zugleich den Wunsch, daß die Interessen der Unionsrepubliken in größerem Maße, als jetzt, in den Interessen der Union ihren Niederschlag finden.

Der Erste Sekretär des ZK der KP Armeniens, S. G. Arutjunjan, verwies darauf, daß die im Regierungsprogramm vorgeschlagenen Maßnahmen realistisch und begründet sind, sowie darauf, daß die sozialen Prioritäten exakt und eindeutig in den Vordergrund gestellt wurden. „Trotz der Kritik von rechts und von links, die auf dem Kongreß zu vernehmen war, verleiht das Programm der Umgestaltung in der Wirtschaft neue Kräfte, damit wird die radikale Wirtschaftsreform gewahrt und ein Schlüssel zum Ausweg der Volkswirtschaft aus dem Sumpf von Stagnation und Krise gegeben", erklärte der Deputierte.

S. G. Arutjunjan ging auf Probleme der Beschleunigung des Prozesses der Integration des Wirtschaftssystems des Landes in die Weltwirtschaft ein und sprach sich für die Einrichtung freier Wirtschaftszonen sowie für die Schaffung notwendiger Bedingungen für ausländische Investitionen aus. Das Modell der wirtschaftlichen Entwicklung soll die wirtschaftliche Selbständigkeit der souveränen Republiken und die prinzipiellen Festlegungen flexibel vereinen, die die Integrität der UdSSR als eines einheitlichen multinationalen Staates verankern.

Nach Ansicht des Deputierten B. N. Jelzin darf der Bericht der Regierung über Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft nicht als eine Direktive angenommen werden. Wie er auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR erklärte, haben „halbe Maßnahmen, Unentschlossenheit, Kompromisse und Balanceakte zwischen den Interessen des Apparats und den der Gesellschaft" zu einem verlorenen Jahrfünft und einer allseitigen Krise geführt.

Nach seiner Meinung würden die Vorschläge der Regierung dazu führen, daß die Umgestaltung zurückgedrängt wird. Die konservativen Kräfte, die sich das Ziel gesetzt hatten, die Wirtschaftsreform nicht in die Etappe radikaler Umgestaltungen treten zu lassen, haben sich konsolidiert und ihre Aufgabe nach dem heutigen Stand gelöst, sagte er.

B. N. Jelzin legte ein Wirtschaftsprogramm der interregionalen Deputiertengruppe dar. Dabei betonte er, daß eine Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft in deren Entideologisierung besteht. Der Deputierte schlug vor, die Branchenministerien aufzulösen, das Staatliche Plankomitee von Grund auf umzuwandeln, eine Preisreform vorzunehmen, das Kredit- und Finanzsystem zu reorganisieren, Arbeitsbörsen sowie eine Effekten- und eine Warenbörse einzurichten. Er unterbreitete den Vorschlag, eine Geldreform und einen Geldumtausch vorzunehmen, von der Fünf-Jahr-Planung zur Planung für ein—zwei Jahre überzugehen, ausländischen Investitionen großen Spielraum zu bieten sowie allen Unions- und autonomen Gebilden wirtschaftliche Unabhängigkeit zu geben.

Der Redner rief auf, Gesetze über eine grundsätzlich neue Investitionspolitik, über die gesellschaftlich-politischen Organisationen und über Möglichkeiten für den Übergang zu einem Mehrparteiensystem zu verabschieden, und verwies auf die Notwendigkeit, eine Reform in der Armee, im Innenministerium und im Komitee für Staatssicherheit vorzunehmen.

Der namhafte Schauspieler K. J. Lawrow, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Theaterschaffenden der UdSSR, widmete seinen Diskussionsbeitrag Problemen der Entwicklung der Kultur. Viele Jahre lang „haben wir nach dem Prinzip gelebt: Erst das Brot, dann die Moral. Und so sind wir dazu gekommen, daß wir weder Brot noch Moral haben." Der Deputierte schlug vor, in die Resolution des Kongresses den Auftrag an den Obersten Sowjet der UdSSR aufzunehmen, ein Kulturgesetz auszuarbeiten. Dieses Gesetz würde bestimmte Garantien für die Entwicklung der Kultur und der Kunst geben. Er rief zur Ausarbeitung einer solchen Steuerpolitik auf, durch die es für die Betriebe, die Genossenschaften und die anderen Institutionen vorteilhaft wäre, ihre Mittel in die Entwicklung der Kultur der Städte und Regionen zu investieren, sowie die Besteuerung der Betriebe abzuschaffen, die den Künstlerverbänden angehören.

Die Vormittagssitzung ging mit einer Auswertung der Donnerstag-Diskussion über den Bericht der Regierung, die in drei Sektionen stattfand, zu Ende.

Wie N. N. Grizenko, Vorsitzender der Ständigen Kommission des Unionssowjets für Arbeit, Preise und Sozialpolitik, mitteilte, haben sich in der Sektion, die Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft behandelte, 37 Deputierte aus 14 Republiken zu Wort gemeldet. 22 von ihnen billigten das Regierungsprogramm, die anderen lehnten es zwar insgesamt nicht ab, unterbreiteten aber über 100 Hinweise und Abänderungsvorschläge. Der Vorsitzende der Kommission forderte die Regierung auf, diese aufmerksam zu studieren.

Der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Wirtschaftsreform, V. M. Vologshin, informierte über die Ergebnisse der Arbeit in der Sektion, die sich mit Perspektiven der Wirtschaftsreform befaßte. Wie die Diskussion zeigte, sind die Deputierten übereinstimmend der Meinung, daß eine radikale Wirtschaftsreform notwendig ist und daß es keine vernünftige Alternative zu ihr gibt. Der Vorsitzende des Ausschusses teilte mit, daß die meisten der 33 Diskussionsteilnehmer in der Sektion das Vorhaben der Regierung unterstützten, die Reform in zwei Etappen durchzuführen. Zugleich wurden unterschiedliche Meinungen und wesentliche Hinweise zum Inhalt der Reform und zu deren zeitlichen Begrenzungen unterbreitet. Die meisten Deputierten schlugen vor, die Reformen entschieden, ausgewogen und konsequent durchzuführen.

Der Vorsitzende der Plan-, Haushalt- und Finanzkommission des Unionssowjets, V. G. Kutscherenko, teilte mit, daß auf der Sitzung der Sektion, die die Konzeption des Plans der Wirtschaftsentwicklung für die Jahre 1991 bis 1995 behandelte, 42 Deputierte das Wort ergriffen. Die meisten von ihnen unterstützten das Herangehen der Regierung und stimmten den außerordentlichen Maßnahmen in den Jahren 1991 und 1992 zu. Zurückhaltender waren die Einschätzungen der zweiten Etappe — der Bildung des Marktes in den Jahren 1993 bis 1995. Manche waren mit der Regierungskonzeption der Beziehungen zwischen Zentrum und Republiken nicht einverstanden und äußerten die Befürchtung, daß das umfangreiche soziale Programm nicht ausreichend durch Ressourcen gesichert ist. Besonders scharf wurde das Programm der Entwicklung der Landwirtschaft kritisiert.

Auf der Nachmittagssitzung am 15. Dezember haben die Volksdeputierten die Diskussion zur Wirtschaftsreform fortgesetzt.

Kritisch bewertete der Erste Sekretär des Gebietskomitees Irkutsk der KPdSU, W. I. Potapow, den Diskussionsvortrag von B. N. Jelzin. Nach seinen Worten sind die Vorschläge der überregionalen Deputiertengruppe rein deklarativ und lenken von der schöpferischen Arbeit ab. Auf das Regierungsprogramm eingehend, betonte der Deputierte, daß dieses Dokument unter dem Druck des Momentes ausgearbeitet wurde und keine genügende Analyse möglicher sozialökonomischer Folgen enthält. Die ökonomischen Maßnahmen zur Normalisierung der sozialen Lage und des Konsummarktes müssen mit Maßnahmen zur Stärkung der Disziplin und Ordnung verbunden werden, betonte er.

Für die Stärkung der Disziplin sprach sich auch der Deputierte V. I. Fedjaschin aus Saransk. Er nannte den Kampf gegen Mißwirtschaft und Inkompetenz als einen der wichtigsten Wege zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme. Der Deputierte schlug eine Volksaussprache zu dieser Frage vor.

Nach Meinung des Deputierten I. I. Kuchar, Vorsitzender des Unionsrates der Kolchose, werden die Kolchose und Sowchose von den Befürwortern des Privateigentums auf dem Lande unbegründet kritisiert. Der bestehende Lebensmittelmangel im Lande wurzelt nicht im gegenwärtigen Landwirtschaftssystem, sondern in der mangelnden Beachtung der Rolle des Agrarsektors seit vielen Jahren. Die Kolchose werden ihre Lebensfähigkeit unter den Bedingungen der Vielfalt von Formen der Wirtschaftsführung beweisen können, meinte der Deputierte.

Der Vorsitzende des Zentralrates der Sowjetischen Gewerkschaften, S. A. Schalajew, unterstützte die von der Regierung vorgeschlagene Umorientierung der Wirtschaft zugunsten der sozialen Belange. Er betonte die Bedeutung der sozialen Folgen der Wirtschaftsreform und schlug ein Referendum zu den Gesetzentwürfen über das Eigentum und den Boden vor.

Er wies kategorisch jegliche Versuche zurück, die Arbeitslosigkeit in der UdSSR theoretisch zu gerechtfertigen. Er rief auf, schon jetzt ein klares Vollbeschäftigungsprogramm auszuarbeiten, da die Arbeitslosigkeit in einigen Regionen des Landes nach seinen Worten bereits real existiert.

Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets Tadshikistans, G. Pallajew, unterstützte ebenfalls das Regierungsprogramm. Er verwies unter anderem darauf, daß jede Unionsrepublik ihre eigenen Probleme hat, und betonte zugleich, daß Drohungen, aus der Union auszutreten, und andere Formen des Drucks, die von manchen verwendet werden, keine richtigen Methoden in den Beziehungen mit der Regierung und mit den anderen Republiken sind.

Der Vorsitzende des Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur, J. A. Ryshow, nannte die von der Regierung vorgeschlagene Konzeption „eher traditionell als auf den Übergang orientiert". Nach seiner Meinung verschiebt die Regierung ein weiteres Mal die radikale Wirtschaftsreform, und das heißt, daß die Selbständigkeit der örtlichen Behörden nicht gewährleistet wird und die Lage im Bereich der Kultur und Bildung unverändert bleibt.

Durch besonders kritische Töne fiel die Rede des Schriftstellers W. I. Belows auf. Er kritisierte jegliches Kopieren westlicher Erfahrungen und plädierte für die moralische Gesundung der Gesellschaft. Der Schriftsteller schlug unter anderem vor, den staatlichen Status der Russischen Föderation auszuarbeiten und zu billigen, die in den 20er, 30er und 40er Jahren verfolgten Bauern zu rehabilitieren und russische Massenmedien zu gründen.

Kremlkongreßpalast, 16. Dezember

Die Teilnehmer des zweiten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR haben am 16. Dezember die Diskussion über das Regierungsprogramm zur Gesundung der sowjetischen Wirtschaft fortgesetzt. Es stellte sich erneut heraus, daß die Konzeption der Regierung sowohl Anhänger als auch Gegner, dabei Rechts- und Linksorientierte, hat.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Regionssowjets Krasnodar, N. Kondratenko, vertrat die Auffassung, daß sich die Regierung im Schlepptau jener Wirtschaftsexperten bewegt, dessen Kredo „nicht der Versuch, die Marktverhältnisse an unsere gegenwärtige Wirtschaft versiert anzupassen, sondern der Versuch ist, das Land auf dem kapitalistischen Entwicklungsweg gehen zu lassen". Der Deputierte bezeichnete die Idee der regionalen wirtschaftlichen Rechnungsführung als einen „Hebel für die Spaltung des Staates und unserer multinationalen Union".

Zu mehr Härte wurde die Regierung von R. Chabibullin, Parteifunktionär aus Baschkirien, aufgerufen. „Der Ausweg aus der Krise führt nur über die Organisiertheit und angespannte kreative Arbeit", sagte er. „Unsere Wähler fordern mit Recht, der Anarchie ein Ende zu setzen und die Macht der Gesetze gegen diejenigen anzuwenden, die die Grundlagen unserer Ordnung antasten."

Eine andere Position wurde vom Wirtschaftsexperten G. Filschin aus Irkutsk dargelegt. Er war überzeugt, daß die Regierung versucht, aus der Krise mit alten Methoden herauszukommen. Er vertrat die Auffassung, daß es für die Drosselung der Inflationsprozesse, die in letzter Zeit im Lande stark geworden sind, notwendig ist, die Kontrolle der Regierung über die Staatsbank abzuschaffen. Der Redner schlug vor, der Regierung eine streng begrenzte Zeit für die Ausarbeitung prinzipiell neuer Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft zu geben. „Wenn man uns wieder dieselben Maßnahmen vorlegt, sollen wir von unserem Recht auf Mißtrauensvotum gegenüber der Regierung Gebrauch machen, damit sie zurücktritt", betonte G. Filschin.

Der Führer der Leningrader Kommunisten, B. Gidaspow, verwies darauf, daß heute keiner imstande war, eine reale Alternative für das Regierungsprogramm zur Sanierung der Wirtschaft vorzuschlagen. Zugleich enthält das Programm seiner Meinung nach kein klares Herangehen an die Schaffung des Mechanismus der Regelung. „Ein Eckstein dieses Problems ist in der gegenwärtigen Etappe die Suche nach optimaler Verbindung zwischen der staatlichen Leitung und der Selbständigkeit der Arbeitskollektive. Man darf die Hebel der staatlichen Regelung nicht fallen lassen, bis alle dafür erforderlichen Bedingungen geschaffen worden sind", sagte B. Gidaspow.

Der Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte, Armeegeneral M. Moissejew, legte den Standpunkt der sowjetischen Militärs dar. Er unterstützte im großen und ganzen die von der

(Schluß S. 2)

Den Wahlen entgegen

Vertrauen durch gute Taten gewinnen

Im Dorf Dshusaly, der Zentrale des Lenin-Kolchos, kennt jedermann die junge energiegeladene Lehrerin Lydia Seibel. Schon als Schülerin hatte sie sich fest entschlossen, Lehrerin zu werden. Nach Absolvierung der Pädagogischen Hochschule in Aktjubinsk kehrte sie in ihr Heimatdorf zurück und fing an, als Lehrerin für Russisch und Literatur in der hiesigen Mittelschule zu arbeiten. Seitdem sind bereits fast 15 Jahre vergangen, aber sie bereut ihre Berufswahl nie. Lydia setzt all ihr Wissen und Können ein, um ihren Schülern gute Kenntnisse beizubringen und sie für das Leben vorzubereiten. Im Lehrerkollektiv genießt Lydia Seibel hohes Ansehen. Aber sie wird im Dorf nicht nur allgemein als gute Lehrerin geachtet, auch im gesellschaftlichen Leben ist Lydia aktiv.

Bereits früher haben die Landsleute von L. Seibel sie als Deputierte in den Dorfsowjet der Volksdeputierten gewählt. Sie wissen, daß sie nicht nur als Lehrerin ihren Pflichten sorgfältig nachgeht, sondern sie wird auch beharrlich die Erfüllung aller Wähleraufträge anstreben. Als Deputierte steht Lydia der Kommission für Bildung und Kultur vor, sie steht immer im engen Kontakt mit den Eltern ihrer Schüler und besucht sie ab und zu zu Hause oder an den Arbeitsplätzen, großes Interesse zeigt sie für die Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Wähler. Als Vorsitzende des Frauenrats des Lenin-Kolchos besucht sie oft Viehfarmen, spricht mit den Viehzüchterinnen über ihre Alltagsprobleme, setzt sich dafür ein, um ihre Arbeitsbedingungen und ihre Freizeitgestaltung zu verbessern. Auf ihre Initiative hin wurde z. B. im Dorf der Freizeitklub „Phantasie" gegründet, der gegenwärtig von Frauen und Mädchen gern besucht wird. In ihrem Blickfeld befinden sich stets die Sorgen und Belange der bejahrten Menschen. So zum Beispiel bestand Lydia darauf, daß eine alleinstehende alte Frau aus einer entlegenen Kolchosabteilung in die Zentrale übersiedelt wurde, wo sie nun bessere Lebens- und Wohnverhältnisse hat. Auf einer Sitzung des Dorfsowjets wurde beschlossen, die reichen Erfahrungen Lydia Seibels als Volksdeputierte unter ihren Kollegen zu propagieren.

Hans KELLERMANN
Gebiet Aktjubinsk

Man nominierte die Würdigsten

Eine wichtige Etappe der Wahlkampagne — die Aufstellung von Volksdeputiertenkandidaten für die örtlichen Sowjets — ist zu Ende gegangen.

Die Kommissionen der Wahlbezirke Jushny und Sewerny für die Wahlen zum Rayonsowjet Semiosjornoje registrierten als Kandidaten Alexander Ehrlich, den Futteranbaubrigadier im Sowchos „Dijewski", und Gregor Fessler, Direktor desselben Sowchos.

Mit den Namen dieser Menschen verbindet man im Sowchos die dort eingesetzten Wandlungen zum Besseren.

Alexander Ehrlich ist in diesem Sowchos geboren und aufgewachsen. Hier erhielt er Mittelschulbildung, hier trat er 1973 der Partei bei. Die Parteiorganisation übertrug dem früheren aktiven Komsomolzen die Arbeit mit der Jugend, die er auch heute noch, schon als Mitglied des Parteikomitees des Sowchos, weiter durchführt. Die Mitglieder der Parteiorganisation des Produktionsabschnitts wählten Ehrlich zu ihrem Sekretär.

Vor einem Jahr wurde Ehrlich zum Brigadier gewählt. Seitdem kennt die Viehzucht in der Abteilung keine Not an Futter. Auch in diesem Jahr hat das von ihm geleitete Kollektiv ungeachtet der Dürre als erstes die Heubeschaffung abgeschlossen. Es wurde ausreichend Grob- und Saftfutter bevorratet. Für einen Abgeordneten des Volkes in den örtlichen Machtorganen ist dies allerdings nicht das Wichtigste. Von Bedeutung ist, daß Alexander Ehrlich sich beharrlich für die Interessen der Arbeiter einsetzt, daß er gute Produktions- und Lebensbedingungen zu schaffen vermag.

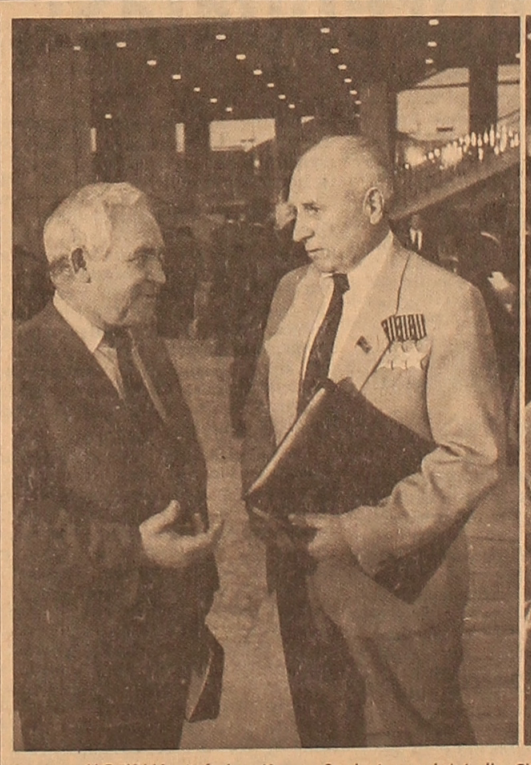
Das Bestreben, die ökonomischen Kennziffern des Kollektivs zu verbessern, progressive Formen der Arbeitsorganisation und Entlohnung einzuführen, die Fürsorge für die Werktätigen sind auch für den Sowchosdirektor Gregor Fessler kennzeichnend. Er übernahm den Sowchos vor zwei Jahren, nachdem er sein Amt als Chef des Busparks niedergelegt und dort seinen guten Ruf zurückgelassen hatte. Am neuen Ort begann er seine Tätigkeit ebenfalls mit Festigung von Disziplin und Ordnung. Als die Menschen die Fürsorge ihres Direktors um sie erkannten, zeigten sie sich gleich von ihrer besseren Seite.

Früher beklagten sich die Dorfbewohner über die schlechte Versorgung mit Gemüse und Kartoffeln. Jetzt baut der Sowchos eigenes Gemüse an. Das wurde möglich, weil mehrere Hektar Land dank der Berieselung mit Flußwasser für den Gartenbau erschlossen werden konnten. Große Bedeutung wird der Entfaltung der Nebengewerbe beigemessen, deren Ziel nicht so sehr der Gewinn als die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Waren ist. So werden in der Pelztierfarm des Sowchos Blaufüchse gezüchtet. Die gegerbten Pelze werden an eigene Arbeiter verkauft.

Dieser Tage wurde auch eine Gänsefarm eröffnet. Es gibt eine eigene Brutanstalt. Im Frühjar kommenden Jahres wird jeder Sowchosarbeiter eine beliebige Anzahl von Gänseküken für die Aufzucht in seiner individuellen Nebenwirtschaft erwerben können.

Als Deputiertenkandidaten in den Rayonsowjet Semiosjornoje wurden u. a. auch Irene Klester, Vorsitzende des Rayonkonsumgenossenschaftsverbands, Eduard Schäfer, Vorsitzender des Rayonkomitees für Volkskontrolle, Viktor Neugebauer, Schlosser im Bahnbetriebswerk der Station Kuschmurun, und andere registriert.

Konstantin ZEISER,
Korrespondent
der „Freundschaft"
Gebiet Kustanai



MOSKAU. Auf den Kongreßpalast, wo jetzt die Sitzungen des zweiten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR stattfinden, ist die Aufmerksamkeit des ganzen Landes gefesselt.
Unsere Bilder: Die Volksdeputierten (v. l. n. r.)A. K. Safonow aus Alma-Ata und I. I. Subow aus Omsk während einer Pause; die Volksdeputierten (v. l. n. r.), Mechanisatoren K. Kenesbajewa und K. Barbolowa aus dem Gebiet Tschimkent.
Fotos: KasTAG

Zur Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen und Krimtataren

Der Oberste Sowjet der UdSSR hat die sowjetische Regierung mit der Bildung Staatlicher Kommissionen für die Lösung praktischer Fragen beauftragt, die mit der Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen und der Krimtataren zusammenhängen. Das geht aus einem am 28. November gefaßten Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR hervor, dessen Wortlaut am 15. Dezember auf dem 2. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR bekanntgegeben wurde.

Das Dokument stellt ein Ergebnis der Arbeit der entsprechenden Parlamentskommissionen dar, die in Übereinstimmung mit einem auf dem 1. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR gefaßten Beschluß gebildet worden waren.

(TASS)

Parlamentskommission empfiehlt Rückführung der Meschhed-Türken in die angestammten Gebiete

Die Kommission des Obersten Sowjets der UdSSR für Probleme der Meschhed-Türken hat eine etappenweise Rückführung von Angehörigen dieser Volksgruppe in die Gebiete vorgeschlagen, aus denen sie 1944 auf Stalins Befehl deportiert worden waren. Das nach dem Nationalitätenkonflikt in Usbekistan eingesetzte Gremium forderte in einem am 15. Dezember auf dem zweiten Kongreß der Volksdeputierten verbreiteten Papier den Ministerrat auf, gemeinsam mit der Regierung der Georgischen SSR ein entsprechendes Programm auszuarbeiten. Den Volksvertretungsorganen und gesellschaftlichen Organisationen der Georgischen SSR wird empfohlen, zur Schaffung eines für dieses Vorhaben günstigen psychisch-moralischen Klimas beizutragen.

Während der Unruhen waren rund 17 000 Meschhed-Türken aus Usbekistan in zentrale Gebiete der Russischen Föderation umgezogen. Ihnen folgten weitere, die sich auch später in der mittelasiatischen Republik nicht sicher fühlten. Insgesamt haben bisher über 60 000 Angehörige dieser Nationalität Usbekistan verlassen. Rund 40 000 ließen sich in Aserbaidshan nieder. Daher unterstützt die Kommission den Vorschlag der Regierung dieser Republik, Meschhed-Türken in Assoziationen auf ihrem Territorium anzusiedeln.

(TASS)

Rede des Volksdeputierten der UdSSR, Ersten Sekretärs des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans N. A. NASARBAJEW auf dem zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR

(Territorialer Wahlkreis Alma-Ata—Ili, Gebiet Alma-Ata)

Geehrte Genossen Volksdeputierte! Im Laufe der Umgestaltung zwingt uns das Leben, Prioritäten sowie die Hauptpunkte des Kräfteeinsatzes zu suchen und zu finden. Die Wirtschaft ist heute das wichtigste Kettenglied. Ich unterstütze rückhaltlos den Gedanken des Genossen Gorbatschow, die Umgestaltung werde siegen, wenn sie ökonomisch siegen wird. Daher kommt es heute hauptsächlich darauf an, den optimalsten Entwicklungsweg zu wählen, der hinlänglich radikal wäre, zugleich aber auch den bestehenden Realien Rechnung tragen würde.

Es werden Stimmen laut, die für einen sofortigen Übergang zum freien Markt, zu einem landesweiten Verteilungssystem plädieren, das unsere Ökonomik rasch bilanzieren könnte. Dabei berufen sich die Verfechter dieser Idee auf Lenin: er habe aufgefordert, bei den Kapitalisten zu lernen, wie die Produktion zu organisieren sei. Das stimmt, Iljitsch forderte tatsächlich dazu auf, er meinte aber damit die fortschrittlichen und nicht die veralteten Erfahrungen. Uns zerrt man aber zurück zum Kapitalismus der Epoche der freien Konkurrenz. Die hat es mal gegeben, doch bei einem ganz anderen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, und wir wissen, womit sie seinerzeit geendet hat. Außerdem wird dieser Weg bei unseren Supermonopolen und dem Warenmangel unvermeidlich zu einem Zusammenbruch der bestehenden Produktionsverhältnisse und einem phantastischen Preisanstieg führen.

Ich bin der Ansicht, daß in diesem Sinne die dritte Variante der von der Regierung vorgeschlagenen Konzeption die geeignetste ist. Das ist ein ausgewogenes Dokument, das große Achtung verdient. Es ist es wert, grundsätzlich gebilligt zu werden. Endlich vertritt unsere Regierung einen exakten Standpunkt hinsichtlich der Preise, wobei wir schon auf dem Märzplenum von 1989 den Mitarbeitern der Landwirtschaft versprochen hatten, ab Januar des kommenden Jahres Großhandelspreise einzuführen. Leider entschließen sich der von mir geachtete Gawrill Charitonowitsch Popow und andere Wissenschaftler nicht dazu, ihren Standpunkt darüber zu äußern. Man kann aber heute nicht umhin, manche Thesen der Konzeption der Regierung zu kritisieren. Wenigstens in bezug auf die Spezifik unserer Republik.

Auf dem ersten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR kritisierte ich, wenn Sie sich erinnern, heftig die weisungsgebundenen Methoden der Kontrolle des Verhältnisses zwischen dem Wachstum der Löhne und der Arbeitsproduktivität. Manche Leiter zentraler Ämter sind mir deswegen böse, dabei aber ohne Grund. Denn der Zufluß nichterarbeiteter Gelder in den Umlauf hat sich nicht vermindert, sondern vergrößert. Der Lohn ist ein Bestandteil der Selbstkosten der Produktion. Ist es daher rechtmäßig, ihn mit Gewinn zu verwechseln und in gleichem Maße progressiv zu besteuern? Viele Direktoren der Kasachstaner Betriebe, die sich im „Geschäftsklub der ‚Prawda'" versammelt hatten, nannten diese Steuer treffend eine Lohnkontribution.

Die Hauptsache ist ja, daß der Lohnfonds bei uns nach wie vor an das sattsam bekannte Bruttoproduktionsprinzip in Geldausdruck gebunden ist. Daher auch die Preiserhöhung und die Verdrängung des billigen Sortiments. Daher die Steigerung der Löhne nicht nur bei der Erhaltung des früheren Niveaus des realen Produktionsausstoßes, sondern oft auch bei seiner Verringerung.

Auf dem XXVII. Parteitag entlarvte die Partei entschieden die Tricks der Steigerung der gefälschten Tempos des wirtschaftlichen Wachstums und der aufgebauschten Effektivität. Vier Jahre sind vergangen, und was sehen wir? Erneut feiert bei uns das unverschämte Bruttoprinzip fröhliche Urständ. Die Beschlüsse über die Ausnutzung der Summe des Nationalprodukts werden formell erfüllt. Wird etwa auch in der XIII. Fünfjahrplanperiode eine solche Antiperestroikasituation erhalten bleiben?

Einer der Grundsätze der Wirtschaftsreform besteht darin, daß die Steigerung der Produktionseffektivität und die Verbesserung des Wohlstandes des Volkes unzertrennlich mit der Verstärkung der Selbständigkeit und der Initiative der Regionen verbunden sind. In den Perioden zwischen dem ersten und dem zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR hat sich jedoch in dieser Hinsicht wenig etwas geändert, der Prozeß der Dezentralisierung der Verwaltung stockt. Im Bericht der Regierung der UdSSR hörten wir nur Deklarationen von der Notwendigkeit, den Republiken größere Rechte einzuräumen. Die vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen verstärken aber im Gegenteil die Zentralisierung. Denn nur so ist nämlich die These des Berichts über die Lizenzierung durch das Zentrum der auf dem Außenmarkt zu bietenden Produktion aufzufassen. Ohne das geringste Risiko die Farben zu dick aufzutragen, behaupte ich, daß ein solches Herangehen aus dem Arsenal der früheren Weisungsmethoden stammt und damit darf man sich nicht einverstanden erklären. Als Beweis führe ich ein Beispiel an.

Das Bergbau- und Aufbereitungskombinat im Gebiet Aktjubinsk liefert 95 Prozent der Chromerze der UdSSR. Der Abgabepreis für eine Tonne wurde dem Kombinat auf 27 Rubel festgelegt. Das Ministerium für wirtschaftliche Außenbeziehungen der UdSSR verkauft im Ausland eine Tonne unseres Erzes für 100 Auslandsvalutarubel, was im Hinblick auf die Kaufkraft des Rubels mindestens 23mal höher als des Abgabepreises ist. Und beim Kupfer aus Balchasch ist der Unterschied 16fach. Und solcher Beispiele gibt es nicht wenig. Das Ministerium für wirtschaftliche Außenbeziehungen der UdSSR läßt von den Devisenerlösen weder dem Betrieb noch der Region etwas zukommen. Anders als Raub am hellichten Tag läßt sich so etwas nicht nennen. Dieses Ministerium wird unter Nutzung des Lizenzierungsrechts jetzt schon im Namen unseres Kongresses die Versuche der Betriebe unterbinden, die außenwirtschaftliche Arena selbständig zu betreten. Ist es etwa gerecht, die Republiken von den Launen der Unionsämter abhängig zu machen? Heute sind sie so gnädig, eine Lizenz zu geben, und morgen ist es noch lange nicht sicher. Ein langfristiges Abkommen mit den Partnern duldet solch einen Voluntarismus nicht.

Die Ostregionen nennt man bei uns üblicherweise die Rohstoffbasis. Sehen Sie sich aber das Alltagsleben unser Berg-, Gruben- und Erdölarbeiter an, die diese Basis schaffen. Betrachtet jemand von den Leitern der Zentralämter die Lösung der Sozialfragen in den Republiken etwa als vorrangig? Wie soll man es nun dem Volk erklären, das von seinen Vorfahren eine an Naturressourcen so reiche Region geerbt hat, warum sein Lebensniveau niedriger ist als dasjenige in vielen anderen Regionen des Landes?

Wir in Kasachstan arbeiten unsere eigene Konzeption der radikalen Wirtschaftsreform aus. Sie beruht auf neuen, und wie uns scheint, fundamentalen Grundlagen. Laut dieser Konzeption soll die Verbreitung der verschiedenen Formen des Eigentums und der Marktbeziehungen durch die Schaffung von unter den Marktbedingungen besonders günstigen Produktionsstrukturen und technologischen Konzernen untermauert werden. Sie werden aus Betrieben verschiedener Ministerien geformt und sollen ein stabiles Gerüst der Ökonomik schaffen, das Diktat der Verwaltungsorgane, das Monopol des Produzenten zerstören und die Entfremdung der Produzenten den Ergebnissen ihrer Arbeit unter den Bedingungen der großen Industrieproduktion abschaffen helfen. Trotz des Widerstandes der Unionsministerien sind ihre Betriebe an die Schaffung solcher Konzerne gegangen.

Im Rahmen der vorgeschlagenen Struktur ist es besonders bequem, zum kollektiven Eigentum und zur vollständigen Selbständigkeit der Betriebe bei der Festlegung des Produktionsumfangs und der Erzeugnisarten sowie bei der Herstellung von Beziehungen zwischen Lieferanten und Konsumenten überzugehen. Auch dem Staat wird es bequemer sein, die Besteuerung zu regeln. Unsere Konzeption sieht die Schaffung einer zentralgeleiteten Entwicklung der Produktivkräfte und nicht der Produkte vor und zielt auf die Erhöhung des qualitativen Stands des technologischen Komplexes der Republik.

Bei einem solchen Herangehen wird das kardinale Problem der sozialistischen Ökonomik gelöst, und zwar wird eine Verknüpfung des Plans und der wirtschaftlichen Rechnungsführung erzielt. Um das Geplante zu realisieren, brauchen die Republiken eine vollständige ökonomische Selbständigkeit im Rahmen der Föderation, das Eigentumsrecht auf ihr Territorium und eine garantierte Freiheit in den Beziehungen mit dem Zentrum, den Verwaltungsorganen und Auslandspartnern.

Ich möchte es offen betonen: Die Arbeitskollektive haben es satt, bei den Unionsverwaltungsorganen nach den eigenen erwirtschafteten Mitteln zu betteln, und glauben Sie mir: Wenn sie diese Mittel selbst übernehmen, werden sie sie gehörig nutzen. Wir haben keine Möglichkeit, die kolossalen Erdöl- und Gaskondensatvorräte Westkasachstans an der Basis zu verarbeiten. Erschließt man die Region mit eigenen Kräften nach dem traditionellen Schema, so kann die gestellte Aufgabe nur im dritten Jahrtausend erfüllt werden. Daher betrachten wir die Frage der Schaffung einer freien Wirtschaftszone in Westkasachstan als spruchreif. Dasselbe bezieht sich auch auf das sehr reiche Polymetallvorkommen Sharminskoje, das schon zwanzig Jahre lang abgebaut wird. Ein spürbares Resultat fehlt jedoch bis jetzt.

Dieses Herangehen ist auch noch deshalb aktuell, weil sich die Aufmerksamkeit zur Entwicklung der Basiszweige gemäß der im Bericht vorgeschlagenen Konzeption abschwächt. Wir bringen für diese objektiv notwendige auf die Verbesserung des Lebens gezielte Maßnahme Verständnis entgegen. Jedoch wir sind uns auch dessen bewußt, daß die Ökonomik Kasachstans, wo die Konzentration der Basiszweige besonders hoch ist, dadurch unvermeidlich zu Schaden kommt. Damit die Verluste der Republiken die minimalsten sind, gilt es, das Auslandskapital zumindest für in die Verarbeitung der angesammelten Produktionsabfälle, in denen Milliarden Rubel stecken, zu gewinnen und den Staatsauftrag auf 70 bis 80 Prozent herabzusetzen.

Die andere Produktion muß den Kollektiven voll zur Verfügung stehen. Das wird es ermöglichen, auch die sozialen Probleme an der Basis schneller zu lösen.

Die Gewährung der Rechte auf selbständige Wirtschaftsführung für Belorußland, Litauen, Lettland und Estland macht ihre logische Fortsetzung erforderlich. Damit die Harmonisierung der Wirtschaftsbeziehungen im Lande Realität wird, gilt es, die Grundsätze dieses Gesetzes auf alle anderen Republiken auszudehnen.

Die Leitsätze des Berichts des Ministerrats der UdSSR können gebilligt werden, wenn der Oberste Sowjet der UdSSR im Laufe der nächsten Monate die Gesetze über das Eigentum, über den Boden, über die Steuern und die Preise annimmt. Von welch einer wirtschaftlichen Rechnungsführung, regionalen Selbstverwaltung und Pacht auf dem Lande kann aber die Rede sein, wenn die Preise nicht revidiert werden? Ohne dieses Paket von Gesetzen ist es unmöglich, eine Erweiterung der Ware-Geld-Beziehungen zu gewährleisten, gegenseitig vorteilhafte Zwischenrepublik-Beziehungen zu formen, im Lande einen effektiven Markt zu schaffen und dem Boden und den Industriebetrieben einen wahren Herren zu geben.

Die Umgestaltung ist eine ernste Prüfung der Organisiertheit und des Vermögens, die regionalen und die gemeinsamen Interessen des Landes zu verknüpfen. Sie fordert schroffe Änderungen in der Struktur der Ökonomik, was nicht wenig Mittel erfordert. Darum ist die Umgestaltung ein ziemlich aufwendiges Vorhaben. Was tun aber wir in dieser für das Land komplizierten Situation? Wir fordern zu Streiks auf, stimmen gegen Staatsgesetze, behaupten unverhohlen kollektiven Egoismus und provozieren sogar zuweilen zwischennationale Zusammenstöße.

All das versetzt der Umgestaltung harte Schläge und nimmt Millionen einfachen Menschen die Hoffnung auf deren Erfolg. Die Emotionen hindern häufig, die Wahrheit zu erkennen, sie verkomplizieren den rationellen Einfluß des Zentrums dort, wo die Situation es fordert. Die Disziplin im Lande ist abgeschwächt, wozu in nicht geringem Maße die nicht immer begründete Wahl von Direktoren beigetragen hat.

Die Volksdeputierten, die in westlichen Ländern weilten überzeugten sich, daß die Demokratie dort streng im Rahmen der Gesetze verwirklicht wird. Die Staatschefs sind mit Vollmachten für Soforthandlungen betraut, wenn es durch die Interessen des Volkes und des Staates diktiert wird. Es würde sich lohnen, daß die Volksdeputierten der UdSSR darüber nachdenken. Wollen wir die Isolierung überwinden, das Land in das System der Weltökonomik einschalten, den Konservatismus der Unionsbehörden gegenüber den Republiken loswerden, so gilt es, die Praxis der Verteilung von allem aus dem Zentrum von Grund auf zu ändern und die Souveränität der Republik mit praktischem Sinn zu erfüllen.

(TASS)

Kremlkongreßpalast, 16. Dezember

(Schluß)

Regierung vorgeschlagene Konzeption der Entwicklung und ging insbesondere auf Probleme der Konversion ein. M. Moissejew sagte, daß er im Prinzip nichts gegen die Konversion hat, und verwies zugleich darauf, daß die Umstellung des Verteidigungskomplexes auf die Produktion von Konsumgütern, die kein hohes technisches Niveau erfordert, das „wissenschaftlich-technische Potential und das Forschungsarsenal beeinträchtigen wird".

Als akutes Problem des Aufbaus der Streitkräfte bezeichnete M. Moissejew die Frage der national-territorialen Truppen, für die einige Republiken und gesellschaftliche Organisationen plädieren. Der Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte äußerte die Überzeugung, daß ihre weitere qualitative Entwicklung in Übereinstimmung mit den geltenden Prinzipien ihrer Bildung erfolgen soll.

M. Moissejew begründete das damit, daß die modernen Streitkräfte — strategische Raketentruppen, Seekriegsflotte und Fliegerkräfte — nicht mit Kräften nur einer Republik organisiert, ausgerüstet, komplettiert und geschult werden können.

Für eine drastische Kürzung der Militärausgaben sprach sich der Direktor des Instituts für die USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Akademiemitglied G. Arbatow, aus. „Viele kostspielige Militärprogramme, die früher beschlossen wurden, und die militärische Vergeudung haben die sowjetische Wirtschaft entkräftet. Ohne radikale Kürzung der Militärausgaben werden wir das weitere progressierende Zurückbleiben der Wirtschaft kaum vermeiden können. Die Konversion der Verteidigungsindustrie ist eine große Reserve für das beschleunigte Vorankommen, und sie soll in vollem Umfang genutzt werden", sagte G. Arbatow.

Eine andere Reserve für die Entwicklung der Wirtschaft seien neue Möglichkeiten, die sich auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen böten, fuhr G. Arbatow fort. „Ohne aktive Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung kann kein einziges Land, das nicht zurückbleiben will, normal leben und sich normal entwickeln." G. Arbatow kritisierte die Regierung dafür, daß das Land infolge der fehlerhaften Politik das bisher große Vertrauen der ausländischen Partner verliert.

Zum Regierungsbericht sagte der Wissenschaftler, daß er nicht zu billigen ist, weil er viele Zweifel hervorruft. Aber G. Arbatow wurde von den nächsten Rednern nicht unterstützt.

Nach Angaben des Vorsitzenden sprachen in den vier Tagen der Diskussion über den Bericht der Regierung 162 Deputierte, darunter 112 in Sektionen. Es wurde beschlossen, die Diskussion zu beenden.

Abschließend sprach N. I. Ryshkow.

„Der Kurs der sowjetischen Regierung auf ein konsequentes und beharrliches Vorankommen auf dem Weg zu einer normal fuknti onierenden Wirtschaft führt über die Gesundung der Volkswirtschaft in den Jahren 1990 bis 1992." Das stellte N. I. Ryshkow am Sonnabend fest. „In diesem Zeitraum werden die administrativen Leitungsmetho d e n durch die wirtschaftlichen aktiv verdrängt. Im zweiten Teil des Jahrfünfts — 1993 bis 1995 — erfolgt dann der Übergang zu einer umfassenden Anwendung von Marktbeziehungen. Dieser Standpunkt der Regierung stimmt mit den meisten Vorschlägen der Volksdeputierten überein."

N. I. Ryshkow hielt am Sonnabend ein Schlußwort zur Diskussion über das Regierungsprogramm der Gesundung der Wirtschaft auf dem 2 Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR.

Bei seinem Herangehen an die Wirtschatsreform hat der Ministerrat der UdSSR die Methoden der „Schock-Therapie" entschieden abgelehnt, die dem Volk hätten teuer zu stehen kommen können, sagte N I. Ryshkow. „Wir können weder den Weg kleiner und in der Zeit ausgedehnter Teilverbesserungen des Wirtschaftsmechanismus gehen noch uns ins stürmische Meer des Marktes stürzen, ohne die notwendigen Bedingungen und wirksamen Regler geschaffen zu haben", erklärte er. „Und hier gibt es nach unserer festen Überzeugung weder Konservatismus, dessen man uns immer lauter beschuldigt, noch ultralinken Radikalismus, zu dem uns manche hartnäckig zu verleiten suchen." „Im Prozeß der Erörterung des Programms wurde mehrmals gesagt, die Reform würde angeblich für drei Jahre hinausgezögert", stellte N. I. Ryshkow fest. Die Reform „wird nicht gestoppt und nicht hinausgezögert. Im Gegenteil: Diese Jahre werden von einer energischen Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zu ihrer entschiedenen Vertiefung erfüllt sein."

Auf die Befürchtungen einiger Deputierten eingehend, die Regierung könnte der Versuchung nachgeben und die administrativen Methoden der ersten Periode auf das gesamte Jahrfünft ausdehnen, betonte der Ministerpräsident, daß eine Garantie dafür, daß diese Methoden vermieden werden in der Realisierung des Programms in den Jahren 1990 bis 1992 besteht.

Der Vorsitzende des Ministerrates verwies auf die zentrale Bedeutung des bevorstehenden Jahrfünfts bei der Überwindung der äußerst schwierigen Wirtschaftslage und der Schaffung eines qualitativ neuen Wirtschaftssystems. Den Deputierten wurden grundsätzlich neue Varianten des Herangehens an dessen Bildung vorgeschlagen. „Eben Varianten des Herangehens, und kein Plan", betonte N. I. Ryshkow. Im Bericht werden die Einschätzungen für die Zukunft als Orientierungspunkte vorgeschlagen, die von den Betrieben, Unionsrepubliken, Ministerien und zentralen Leitungsorganen gebraucht werden könnten, erklärte er.

„Dabei ist sich die Regierung dessen durchaus bewußt, daß das Antlitz und die Parameter des Fünfjahrplans unter den Bedingungen des Einsatzes der neuen Wirtschaftsgesetze, die der Oberste Sowjet möglichst bald verabschieden sollte, worum wir ihn auch bitten, anders bestimmt werden", sagte N. I. Ryshkow.

Darüber hinaus muß sich die Zusammenstellung eines Fünfjahrplans auf programmatische und zielorientierte Methoden der Planung stützen. Dabei müssen auch die sich grundlegend verändernden Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Unionsrepubliken sowie den Machtorganen an der Basis wie auch die Umstellung auf die Prinzipien der Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung und einer umfassenden Anwendung wirtschaftlicher Regler unter den neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung berücksichtigt werden.

Abschließend ging N. I. Ryshkow auf die Haltung einiger Deputierter, in erster Linie Vertreter der interregionalen Gruppe, ein, die ihr Mißtrauen gegenüber dem Programm bekundet und vorschlägt, die Lösung prinzipieller Fragen auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben.

„Sollte heute kein Beschluß gefaßt werden, so würde das im Grunde genommen bedeuten, daß auf eine klare Aktionspolitik verzichtet wird", unterstrich N. I. Ryshkow. „All das wird der Stabilisierung der Situation im Lande zweifellos nicht dienlich sein. Wir sind uns dessen bewußt, daß das Programm der Regierung nicht fehlerfrei ist. Es berücksichtigt jedoch maximal unsere realen Möglichkeiten und Etappen des Voranschreitens sowie gibt Orientierungspunkte für die Perspektive."

Das Programm wird zweifellos im Zuge seiner Realisierung bereichert, unter anderem auch unter Berücksichtigung aller von den Deputierten geäußerten Gedanken und Vorschläge. Für die Realisierung eines jeden Programms sei jedoch das Vertrauen der Volksdeputierten und das Vertrauen der ganzen Gesellschaft notwendig.

N. I. Ryshkow rief den Kongreß auf, das Programm der Regierung zu unterstützen.

Auf der Tagesordnung steht noch die Abstimmung über das Programm der Regierung.

△

Der Entwurf des Reglements des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR und des Obersten Sowjets der UdSSR sei ein wichtiger Bestandteil des Mechanismus des Rechtsstaates, sagte der Vorsitzende des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, J. M. Primakow. Er legte am 16. Dezember in der Nachmittagssitzung des 2. Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR dieses Dokument vor und verwies darauf, daß sich der Entwurf auf die Prinzipien der Demokratie und Offenheit gründet und das Positive aus der Arbeit des 1. Kongresses und der beiden Tagungen des Parlaments verankert. Die Notwendigkeit der Annahme des neuen Reglements bestehe darin, daß das ähnliche Dokument, das vor der Perestroika verabschiedet wurde, schon zu alt sei, sagte J. M. Primakow.

Im Entwurf wird auf die überaus große Rolle der Komitees und Kommissionen des Parlaments bei der Vorbereitung der Gesetze verwiesen. In Übereinstimmung mit dem Dokument müssen die Gesetzentwürfe in zwei Lesungen erörtert werden. Während der ersten wird die allgemeine Konzeption des Rechtsaktes bestimmt. Dann, nach der Durcharbeitung in den Komitees und Kommissionen, wird der Entwurf in der zweiten Lesung artikelweise erörtert und angenommen.

J. M. Primakow verwies darauf, daß der Entwurf des Reglements Garantien für den Schutz der Interessen und Rechte der Minderheit enthält. „Die Deputierten haben das Recht, sich zu provisorischen oder ständigen Gruppen zu vereinigen. Dafür reicht aus, den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR schriftlich darüber zu informieren. Ausgearbeitet wurde ein Mechanismus, der die Teilnahme der Deputiertengruppen an der Bildung der Organe des Kongresses und des Obersten Sowjets gewährleistet.

Die Annahme des Entwurfs des Reglements wird es erforderlich machen, einige Artikel der Verfassung der UdSSR zu ändern, weil das Dokument zwei neue Normen enthält — über die Modalität des Einbringens des Mißtrauensvotums gegenüber der Regierung des Landes oder ihren einzelnen Mitgliedern sowie über die Verantwortung der Amtsträger für die Glaubwürdigkeit der bereitgestellten Informatio n e n uam."

Der Vorsitzende des Unionssowjets hob hervor, daß es unmöglich ist, in solch einen komplizierten und langen Dokument (185 Artikel), das mitunter widersprüchliche Interessen tangiert, alle Bemerkungen zu berücksichtigen. „So wurde unter anderem der Vorschlag mehrerer Deputierter über die Lösung aller Fragen im Parlament auf der Grundlage des Konsensus der 15 Unionsrepubliken als unzulässig abgelehnt, weil dies im Widerspruch zu den föderativen Prinzipien des sowjetischen Staates steht", betonte J. M. Primakow.

Die Teilnehmer des zweiten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR haben am 16. Dezember in der Nachmittagssitzung mit der Erörterung des nächsten Punktes der Tagesordnung begonnen — über Änderung der Artikel der Verfassung der UdSSR, die die Wahl in die örtlichen und Republikorgane der Macht betreffen.

Das sowjetische Parlament hatte im Dezember 1988 Änderungen der Verfassung gebilligt, die es gestatteten, die Wahl in das höchste Organ der Staatsmacht der UdSSR auf demokratischer Grundlage durchzuführen. Jetzt wird geplant, auch die Artikel über die Wahl in die Republikparlamente und in die örtlichen Machtorgane auf selbe Weise zu ändern.

Dieses Dokument, sagte er, ist auf die Lösung einer wichtigen Aufgabe der politischen Reform im Lande — auf die Schaffung eines neuen Systems der Machtorgane an der Basis — gerichtet.

Bei der Vorbereitung der Ergänzungen zur Verfassung habe das sowjetische Parlament die Erfahrungen der Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR vom Frühjahr 1989 berücksichtigt. „Jetzt haben die Republiken das Recht, Kongresse der Volksdeputierten einzuberufen oder sich nur auf die Bildung der ständig wirkenden Parlamente zu beschränken. Gestrichen wurde die Bestimmung über die obligatorische Wahl eines Teils der Deputierten durch gesellschaftliche Organisationen (solche Deputierten machen im bestehenden Machtorgan des Landes ein Drittel aus).

A. I. Lukjanow sprach sich gegen die Überstürztheit bei der Durchführung der Reform der Verfassung aus und schlug vor, Verfassungsänderungen in Übereinstimmung mit der Vorbereitung der Gesetzentwürfe durch das sowjetische Parlament vorzunehmen, die das Wesen des Wahlsystems und der Gesellschaftsordnung der UdSSR prägen, und sie in den Republiken anzunehmen, ohne die Bestätigung der Gesetze durch den Kongreß abzuwarten. Unter Hinweis darauf, daß jegliche Norm des Grundgesetzes durchdacht bzw. im Rahmen der Vervollkommnung der Verfassung gestrichen werden kann, sagte A. I. Lukjanow, daß dies in vollem Masse auch Artikel 6 der Verfassung betrifft, in dem der Platz und die Rolle der KPdSU im sowjetischen politischen System festgeschrieben sind.

A. I. Lukjanow schlug ferner der Verfassungskommission des Kongresses vor, Fragen der Änderung mehrerer Bestimmungen des Grundgesetzes detailliert durchzuarbeiten, die die Grundlagen des politischen und ökonomischen Systems und der national-staatlichen Ordnung der UdSSR betreffen.

Wie A. Massalijew, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kirgisiens während der Diskussion sagte, berücksichtigen die Ergänzungen und Änderungen der Verfassung der UdSSR alle Vor- und Nachteile der bisherigen Wahl der Volksdeputierten der UdSSR. Er unterstützte die Änderung der Artikel, die die Wahlen betreffen, und kritisierte scharf diejenigen, die darauf beharren, das Grundgesetz umfassend und sofort zu revidieren. Übereilte Schritte würden lediglich zur Herabsetzung des Ansehens des höchsten Machtorgans führen, sagte er.

Von der Notwendigkeit der Ausarbeitung eines Mechanismus zum Schutz der Interessen und zum Durchsetzen des Willens einfacher Menschen in den Wahlorganen sprach der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates der Kasachischen SSR, E. Shakselekow.

Er bezeichnete die Situation, da es jetzt Arbeiter und Bauern unter den Volksdeputierten der UdSSR um 60 Prozent weniger repräsentiert sind als im vorigen Bestand des Parlaments, als „unnatürlich". „Unsere Revolution war von den arbeitenden Menschen vollbracht. Und der Staat der Werktätigen kann nicht darüber unbesorgt sein, wie die führenden schöpferischen Klassen in den Organen der Volksmacht repräsentiert sind", sagte E. Shakselekow.

Die Vorsitzende des Gewerkschaftsrates des Gebiets Astrachan, L. Guskowa, unterbreitete den Vorschlag, die Bestimmung über die Möglichkeit der Wahl von Volksdeputierten der UdSSR von gesellschaftlichen Organisationen (die gegenwärtige Fassung des Grundgesetzes reserviert ein Drittel der Mandate für gesellschaftliche Organisationen) aus der Verfassung nicht zu streichen. Solche Wahlmodalität biete die Möglichkeit, alle Sozialschichten und Bevölkerungsgruppen sowie Menschen verschiedener Berufe zu repräsentieren, sagte sie.

L. Guskowa wurde vom Vorsitzenden der Allrussischen Gesellschaft der Blinden, A. Neumywakin, unterstützt. Seiner Meinung nach wird das Streichen des Artikels über die Wahl von gesellschaftlichen Organisationen den Invaliden die Garantie für die Arbeit in den Machtorganen und für den Schutz ihrer Interessen nehmen, weil die Blinden bei der Wahl in territorialen Kreisen kaum imstande sein werden, sich gegen andere Kandidaten durchzusetzen. Der Deputierte schlug vor, eine Quote von jeder Organisation der Invaliden in der Verfassung der UdSSR festzuschreiben. Er vertrat auch die Auffassung, daß das Grundgesetz des Landes Quoten für den sowjetischen Fonds für Mildtätigkeit und Fürsorge, für den Lenin-Kinderfonds, für die Organisation der Kriegs- und Arbeitsveteranen und für das sowjetische Frauenkomitee vorsehen soll.

Da es bei der Diskussion keine prinzipiellen Einwände gegen den Bericht gab, wurde der Beschluß gefaßt, sie zu beenden. Die Abstimmung über den Gesetzentwurf findet voraussichtlich in der kommenden Woche statt.

Aus aller Welt

PANORAMA

DDR

Ehemalige SED-Parteiführung trägt Verantwortung für die Krise

Die Mitglieder der ehemaligen Parteiführung tragen die persönliche Verantwortung für die Krise. Das betonte in Berlin Prof. Michael Schumann auf dem SED-Sonderparteitag in einem Referat „Zur Krise in der Gesellschaft und ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED". Der Parteitag habe schon am ersten Beratungstag mit Nachdruck erklärt: Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System. Allen im Saal sei bewußt geworden, daß für die Krise des Landes und der Partei die Mitglieder einer inzwischen hinweggefegten Führung die persönliche Verantwortung tragen.

„Erich Honecker und sein Politbüro konnten vor allem deshalb einen derartigen Schaden anrichten, weil ein Geflecht von Strukturen, allgegenwärtige Apparate und eine Rechtfertigungsideologie einen derartigen Machtmißbrauch ermöglichten beziehungsweise absegneten", sagte der Redner. In diesem Umfeld habe sich der Morast der Korruption und der persönlichen Bereicherung ausgebreitet.

„Unerträgliche Herrscherallüren einer Führungsclique und manche Nacheiferer auch auf unteren Ebenen haben unsere Partei in Verruf gebracht. Zwischen Führung und Volk, zwischen Parteispitze und Parteibasis tat sich eine tiefe Kluft auf. Aus einzelnen und aus Gruppen, die auf Veränderungen drängten, wuchs eine umfassende Volksbewegung. Sie forderte ihre Rechte auf der Straße ein, als das Land in einer Massenflucht zugrunde zu gehen drohte. Die Bewegung zur Erneuerung des Sozialismus ist ihrem Wesen nach revolutionär."

Der Aufbruch des Volkes sei von den Politbürokraten als Konterrevolution verunglimpft worden und sollte mit Gewalt unterdrückt werden. „In Wirklichkeit waren sie in dieser Situation die Konterrevolutionäre. Viele Persönlichkeiten, Künstler, Arbeiter, Schriftsteller und Wissenschaftler, darunter auch Mitglieder und Funktionäre unserer Partei, hatten schon warnend ihre Stimme erhoben." Die Partei war mit manchen ihrer Mitglieder an der Volksbewegung beteiligt, sagte Prof. Schumann. Als Organisation habe sie die Umgestaltung nicht einzuleiten vermocht. Sie habe zunächst auch nicht den Charakter des Erneuerungsprozesses verstanden. Deshalb sei die Partei in der Zeit zwischen den Oktobertagen und dem außerordentlichen Parteitag in eine Situation geraten, in der sie für ihre Existenz kämpfen muß. „Hierfür trägt bereits die auf den Untergang Erich Honeckers folgende Parteiführung die Verantwortung. Wir mußten immer weiter zurückweichen, weil die Führung um Egon Krenz kein Konzept besaß und nicht zu einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit bereit war. Das war in ihrer personellen Zusammensetzung nicht zu erwarten." Dem Arbeitsausschuß, der am 3. Dezember 1989 gebildet worden war, sei zunehmend bewußt geworden, daß die Kette des Machtmißbrauchs weit zurückreicht.

„Besonders schwer lastet auf uns, daß die Verbrechen der Stalinzeit noch nicht aufgeklärt, viele Opfer des Stalinismus noch nicht rehabilitiert sind." Wenn der Stalinismus dauerhaft überwunden werden solle, dann sei vor allem nach den Ursachen zu fragen, die nicht nur zur Fortexistenz, sondern in jüngster Zeit auch zu besonders abstoßenden Auswüchsen stalinistischer Herrschaft geführt haben.

Der Redner befaßte sich ausführlich mit den historischen Wurzeln des Stalinismus sowohl in der KPdSU als auch in der SED. In der Kritik dürften jedoch nicht die trotz alledem vollbrachten historischen Leistungen untergehen. Die Umgestaltung der Gesellschaft verlange, sich radikal von der stalinistischen Interpretation der Machtfrage zu lösen.

„Mit dem Blick auf die Zukunft sind wir verpflichtet, eine gründliche Analyse zu erarbeiten, welche Ursachen zu stalinistischem Denken und Handeln nach der Befreiung vom Faschismus in unserem Land geführt haben und wie diese eine Deformation gesellschaftlicher Verhältnisse herbeiführten."

Der VIII. Parteitag habe mit seinem in manchem veränderten politischen Stil, mit der engeren Zusammenführung von Wirtschafts- und Sozialpolitik Hoffnungen geweckt, sei jedoch später maßlos überbewertet und zum Kult um Erich Honecker genutzt worden. „Sobald sich Honecker fest im Sattel zwischen den Großen der Weltpolitik sitzend fühlte, wuchs sein Geltungsdrang im umgekehrten Verhältnis zu seinem tatsächlichen politischen Format."

Honecker und seine Umgebung entfernten sich immer mehr von der Parteibasis und vom Volk. In Ablehnung von Perestroika und Glasnost wurde die Losung „Sozialismus in den Farben der DDR" begründet. Heute müsse man diese Zeit als „Stalinismus in den Farben der DDR" bezeichnen.

Zu den dem Parteitag unterbreiteten Vorschlägen gehörten, sich dafür einzusetzen, daß den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in der Gesellschaft bewahrt wird. „Die in die Zukunft weisenden Konsequenzen, das heißt die Beseitigung von Strukturen, die solche Deformationen ermöglichen, müssen ihren Niederschlag finden in dem neuen Programm, im neuen Statut und in einem neuen, kritischen Umgang mit unserer eigenen Geschichte, der frei ist von Apologetik, Schönfärberei und der nichts ausspart", hob Prof. Schumann abschließend hervor.

Warschauer Vertrag und NATO legten Vertragsentwürfe vor

Die Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO haben bei den Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa ihre jeweiligen Entwürfe für ein künftiges Reduzierungsabkommen vorgelegt. Damit ist eine gute Grundlage für den zügigen Fortgang der Verhandlungen geschaffen, die am 21. Dezember in eine Weihnachtspause eintreten.

Die Dokumente enthalten neben einigen neuen Aspekten vor allem rechtlicher Natur im wesentlichen eine Zusammenfassung der bisherigen Vorschläge beider Bündnisse. Komplizierte strittige Fragen, vor allem hinsichtlich der Kampfflugzeuge, der Mannschaftsstärken, der Depots und der Definitionen, harren weiter einer Lösung. In dieser Beziehung blieb die 4. Runde der Verhandlungen nahezu ergebnislos. Wollen die 23 teilnehmenden Staaten ihr erklärtes Ziel erreichen, ein erstes Abkommen bereits im nächsten Jahr zu unterzeichnen, dann müssen die Anstrengungen intensiviert werden, heißt es in Konferenzkreisen.

Auf der Plenarsitzung hatte zunächst der rumänische Delegationsleiter Teodor Melescanu die konkreten Vorstellungen der sozialistischen Staaten zu den grundlegenden Bestimmungen eines Vertrages präsentiert. Das Papier enthält die Definitionen und die Obergrenzen für die sechs zu reduzierenden Kategorien — Panzer, Artillerie, gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber und Personal. Als weitere Bestandteile werden stabilisierend Maßnahmen wie die Begrenzung militärischer Übungen und der Datenaustausch angeführt.

Zu den neuen Elementen im Vertragsentwurf sagte der polnische Delegationschef Botschafter Wlodzimierz Konarski auf einer Pressekonferenz, man habe die Strukturen des künftigen Abkommens erarbeitet, Instrumentarien unter anderem zum Inkrafttreten des Vertrages und zur Beilegung von Streitigkeiten bei Realisierung entwickelt und die Wege zum Abbau der Streitkräfte beschrieben. Neu sei die Bestimmung, daß jedes Land die anderen Vertragsparteien über seine nationalen Obergrenzen bei Inkrafttreten des Abkommens informiert. Auf welche Weise diese Zahlen ermittelt werden, wird noch Gegenstand der Verhandlungen sein. Der Diplomat verwies auf die „nicht leichten" Diskussionen bei der Ausarbeitung des Entwurfs, dem mit den Demokratisierungsprozessen in Osteuropa gebe es in den einzelnen Ländern neue Bewertungen der Ost-West-Problematik. Das 40seitige Dokument berücksichtige die Ansichen jedes einzelnen Staates und stelle den „kleinsten gemeinsamen Nenner" dar.

Der Leiter der UdSSR-Delegation, Botschafter Oleg Grinewski, erklärte, daß die Wiener Verhandlungen und die Umgestaltungen in den sozialistischen Ländern sich in eine Richtung bewegten und einander unterstützten. Die Perestroika in der Sowjetunion brauche Stabilität in Europa und eine militärische Struktur, die dem Prozeß hilft. Ähnlich sei die Lage in den anderen Staaten des Warschauer Vertrags. Je eher der Vertrag zustande komme, desto besser.

Nach wochenlangen Auseinandersetzungen innerhalb der NATO regte Spaniens Botschafter Jose Antonio San Gil im eigens dafür anberauften 2. Teil der Plenarsitzung den Vertragsentwurf des westlichen Bündnisses vor. Die Entscheidung darüber hatten erst wenige Stunden zuvor die in Brüssel tagenden Außenminister getroffen. Auch ihr Vertragsprojekt stützt sich auf die schon zuvor eingebrachten Eckdaten für die sechs Kategorien. Die Vorschläge zur Lösung wichtiger Rechtsfragen behandeln ebenfalls das Verhältnis zwischen den Verpflichtungen der einzelnen Staaten und denen der als „Gruppierungen" bezeichneten Bündnisse. Ausgeklammert wurden einige strittige Punkte, die seit Anfang November die Vorlage des Papiers verhindert hatten. Dazu zählen unter anderem der Konflikt zwischen der Türkei und Grichenland um den türkischen Mittelmeerhafen Mersin und die Frage der Inspektionen in Rüstungsbetrieben, gegen die Briten und Franzosen Einwände erhoben haben. „Im Einklang mit dem kooperativen Charakter der Wiener Verhandlungen", heißt es in einer Mitteilung der BRD-Delegation, stelle der westliche Entwurf ein Angebot an die Verhandlungspartner dar. Konstruktiven Anregungen sei man aufgeschlossen. Die NATO erwarte, daß Rechtsexperten mit der Erörterung der spezifischen Vertragsprobleme beginnen.

„Die Kluft zwischen dem armen und dem reichen Amerika wird immer größer..." schrieb besorgt die einflußreiche Wochenschrift „Time", die dieses in New York entstandene Bild veröffentlichte.

Foto: TASS

POLEN

Wo liegen Auswege aus dramatischer Energiesituation?

„Polens Brennstoff- und Energiesituation wird immer schlechter", schrieb unlängst „Zycie Warszawy". Seit Jahren sei nicht ein einziges Kraftwerk fertgestellt worden, die Steinkohlenproduktion sinke. 1988 habe man lediglich 3 200 Kilowattstunden pro Einwohner erzeugt, während Europas Spitzenreiten Norwegen bei 22 200 KWh lag.

Atomstrom scheint zumindest in naher Zukunft nicht zur Verbesserung der Energiesituation beizutragen, da der Bau von Kernkraftwerken auf heftigen Widerstand gestoßen ist. Aus einer jüngst veröffentlichten repräsentativen Umfrage geht hervor, daß die Mehrheit der polnischen Bevölkerung gegen Kernkraftwerke ist. So haben Umweltschützergruppen und Bürgerinitiativen durch massive Proteste bei der Regierung einen Baustopp des ersten polnischen Kernkraftwerks in Zarnowiec erwirkt.

Eine vom Kabinett beauftragte 20köpfige Expertengruppe ist geteilter Meinung über Vor- und Nachteile der Kernenergie. Die Befürworter argumentieren, daß das Land angesichts des für die 90er Jahre erwarteten Energiedefizites von jährlich 2 000 Megawatt nicht auf Kernkraft verzichten kann. Außerdem sei es volkswirtschaftlich nicht vertretbar, das 500-Milliarden-Zloten. 956-Objekt in Zarnowiec, das bereits 40 Prozent der Kosten verbraucht hat, zur Investruine verkommen zu lassen. Dem Argument der Gegner, die an Tschernobyl erinnern, stehen die Untersuchungsergebnisse einer Kontrollkommissionen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) entgegen, die bei einer Kontrolle im Spätsommer alle Sicherheitsbestimmungen für ausreichend befunden hat. Dagegen meinen andere Wissenschaftler, daß sich Zarnowiec in einem tektonisch unsicheren Gebiet befinde. Einigen ist der Bau zu teuer, doch entgegnen die Befürworter, daß die Erzeugung von Kernenergie rerativ billig ist.

Das Schicksal des 1985 in Angriff genommenen Kraftwerksbaus in Zarnowiec, das den Auftakt eines 1982 gefaßten Regierungsbeschlussen zur kernenergetischen Entwicklung Polens bildete und von dem nach Abschluß der ersten Ausbaustufe 1993 jährlich 465 Megawatt ins Netz gehen sollen, liegt nun in den Händen der Regierung. Diese wird das Ergebnis der Meinungsumfrage in ihre noch für dieses Jahr angekündigte Grundsatzentscheidung einbeziehen müssen.

Einen Ausweg aus der kritischen Energiesituation könnte nach Ansicht der „Zycie Warszawy" die verstärkte Hinwendung zur Wasserkraft bringen. Polens hydroenergetische Reserven seien bislang nur zu 30 Prozent erschlossen.

Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung schädigen Staatseinnahmen

In der griechischen Staatskasse herrscht gähnende Leere. Die Regierung Solotas hatte deshalb in der vergangenen Woche eine Reihe von Preiserhöhungen und eine einmalige Zusatzsteuer verfügt, um 158 Milliarden Drachmen für das nötigste Zusammenzubekommen. Ein Tropfen auf den heißen Stein, meinen Wirtschaftsexperten, mit dem eine grundsätzliche Sanierung der desolaten Finanzen nicht möglich sei.

Auch Premier Solotas weiß freilich, was schon die Spatzen von den Athener Dächern pfeifen: Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft bringen den Staat um lebenswichtige Einnahmen. 35 Prozent der Wirtschaftsaktivitäten des Landes, so der Premier, spielen sich in einer Grauzone ab, zu der das Finanzamt keinen Zugriff hat.

Geradezu lächerlich nehmen sich die Summen aus, die industrielle und freiberuflich tätige — Rechtsanwälte, Künstler, Journalisten oder Architekten — freiwillig versteuern. 73 Prozent der Freiberuflichen und 75 Prozent der Unternehmer, so besagen offizielle Schätzungen, deklarieren jährlich beispielsweise nur ganze 800 000 Drachmen.

Wunder der Finanzwelt, möchte man meinen, denn schon eine normale Vier-Zimmer-Wohnung in einem besseren Athener Viertel ist nicht unter 1,5 Millionen Drachmen im Jahr zu haben. Ein Mittelklasse-Wagen kostet ab drei Millionen aufwärts.

Die Regierung, so kündigte Finanzminister Souflias an, habe dem Kampf gegen die Steuerhinterziehung Priorität eingeräumt, erste Maßnahmen sollen noch in diesen Tagen greifen. Bislang jedoch finden die gutverdienten Mittel und Wege, das ihre auf die Seite zu schaffen, während Lohnempfänger zur Kasse gebeten werden. 45 Prozent von ihnen Versteuern jährlich jeweils zwischen ein und zwei Millionen Drachmen. Löhne und Gehälter, insbesondere von Staatsunternehmen gezahlt, lassen sich eben besser kontrollieren.

Die Zeitung „Rizospastis" machte dieser Tage auf einen langfristigen Trend zu lasten der Werktätigen aufmerksam. Noch 1960 kamen 62 Prozent der direkten Steuereinahmen aus Handwerk, Industrie und Immobilienbesitz. Arbeiter und Rentner zahlten 28 Prozent. Innerhalb von 14 Jahren war der Gleichstand hergestellt. Heute bringen Arbeiter und Rentner 58 Prozent der direkten Steuern auf, während die andere Gruppe mit einem Drittel davonkommt. „Es ist tragisch", schreibt „Rizospastis", „Griechenland ist ein Land, in dem es keine reichen Leute gibt".

„Was glaubst du, Herr Ministerpräsident?" —

der Umgangston der Schweden klingt sehr familiär

Birgitta Blom fragte Christer Pettersson bei der Gerichtsverhandlung im Oktober: „Kannst du uns noch einmal genau sagen, was du am Abend des 28. Februar 1986 gemacht hast?", geradezu entrüstet waren die Schweden über den vertraulichen Ton zwischen dem Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes und dem damals noch des Mordes angeklagten, und das will etwas heißen in dem Land, in dem normalerweise jeder jeden duzt — die Verkäuferin ihre Kunden, der Autofahrer den Tankwart. Ein Bankangestellter fragt den Kontoinhaber: „Wieviel willst du heute abheben?", und der Reporter beginnt sein Interview mit Ingvar Carlsson vielleicht mit einem: „Was glaubst du, Herr Ministerpräsident?"

Dabei haben die Schweden so wie wir Deutschen die Wahl zwischen „du" und „Sie". In einschlägigen Werken ist nachzulesen, daß es immerhin mehr als 100 Jahre dauerte, bis sich das „Sie" zu einer höflichen und neutralen Anrede entwickelte. In den 30er Jahren hatte es sich fast landesweit durchgesetzt — aber nur für kurze Zeit. Als man in den Kriegsjahren näher zusammenrückte, ging man wieder zum vertraulichen „du" über.

Besonders auf Ausländer, die in ihrer Heimat zwischen dem Familiären „du" und dem reservierteren „Sie" streng unterscheiden, wirkt die Duz-Manie der Schweden merkwürdig. Doch man gewöhnt sich schnell daran und gewinnt zudem den Eindruck, daß die Schweden sich sebst nicht allzu wichtig nehmen. Und so kommt es hin und wieder vor, daß beispielsweise in der Fersehsendung „Deutsch für Schweden" der stadtunkundige Tourist aus deutschen Landen einen Unbekannten fragt: „Kannst du mir sagen, wie ich zum Schloß komme?"

Allerdings empfinden es zunehmend mehr Menschen dieses skandinavischen Landes als unnatürlich, daß jeder X-Beliebige jeden duzen darf. Sie meinen, es müßte da Unterschiede geben zwischen Partnern, die sich sehr nahe stehen oder eben auf Distanz zueinander. Andere vergleichen weniger verbissen das Schwedische „du" mit dem englischen „you", vergessen allerdings, daß die Briten keine andere Wahl haben.

Das „du" ist den toleranten Schweden bereits in Fleisch und Blut übergegangen, wärend es konservativen Mitmenschen immer schwerer über die Lippen kommt. Um nun nicht ins Fettnäpfchen zu treten, versuchen manche, sich mit Hilfskonstruktionen aus der Affäre zu ziehen. So fragt der Handwerker die Hausfrau, wenn er malern oder Gardinenstangen anbringen soll: „Wie hätten wir's denn gern?"

Übringens — nur einer wird in Schweden generell gesiezt: König Carl XVI. Gustav. Einige wollen allerdings auch schon ein „du" gehört haben, aber da muß man seine Hoheit wohl sehr gut kennen.

CHINA

Panzersaurier waren Herdentiere

Dem bevorzugten Nachweis von Dinosauriern in China dienten Ausgrabungen im Jungar-Becken in Chinas Provinz Kinjiang. Dabei stellten die chinesischen und kanadischen Wissenschaftler eine hohe Übereinstimmung der Fossilien in China und Kanada fest. Das sei ein weiterer Beweis dafür, daß im späten Mesozoikum (vor siebzig Millionen Jahren) der asiatische und nordamerikanische Kontinent verbunden waren, schreibt die BRD-Zeitung „Bild der Wissenschaft".

Zu den bedeutendsten Funden zählten Skelett-Teile eines amphibischen Pflanzenfressers, der eine Körperlänge von über 30 Metern hatte. Er kann somit als der größte seiner Art in Asien gelten. Die Entdeckung beweist, heißt es in der Zeitschrift weiter, daß in dem heutigen Wüstengebiet damals ein warmes und feuchtes Klima herrschte. Die Funde in der inneren Mongolei brachten auch wichtige Erkenntnisse über die Panzersaurier. Sie sollen im Gegensatz zur bisherigen Auffassung Herdentiere gewesen sein. Außerdem hatten die Jungtiere noch keine festen Panzer.

In wenigen Zeilen

BOGOTA. Militär und Polizei in Kolumbien sind in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden, nachdem während einer Polizei-Razzia Gonzalo Rodriguez Gacha getötet worden war. Dieser galt als einer der drei Bosse des Medellin-Kartells, das für 80 Prozent des Kokainschmuggels in die USA verantwortlich sein soll.

PRAG. Der ehemalige CSSR-Präsident Gustav Husak ist von seiner Funktion als Mitglied des ZK der KPtsch zurückgetreten. Auch der frühere Parlamentspräsident Alois Indra und Jan Fojtik hätten sich zu diesem Schritt entschlossen.

Einer beliebigen Arbeit gewachsen

Betrachtet man dieses Bild, schlußfolgert man unwillkürlich, daß Elefante einer beliebigen Arbeit „gewachsen" seien. Die Sache ist die: Während der Auftritte des Schweizerischen Zirkus „Ni" in einem Vorort von Genf, gingen die örtlichen Winzer, bei denen die elektrische Preßanlage versagt hatte, die Dresseure um Hilfe an.

In wenigen Minuten hatten diese den Tieren den einfachen Prozeß des Saftauspressens aus den Weintrauben „erläutert". Die klugen Tiere vereinfachten die Operation, indem sie beim Füllen der Fässer mit Weintrauben ihre Rüssel benutzten. Alle blieben zufrieden: Sowohl die Zuschauer und Winzer als auch die Elefanten, die sich an Weintrauben gütlich tun durften. Und für die Mitarbeiter des Zirkus wurde das zu einer guten Reklame.

Foto: TASS

Die Auswahl „Panorama" wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

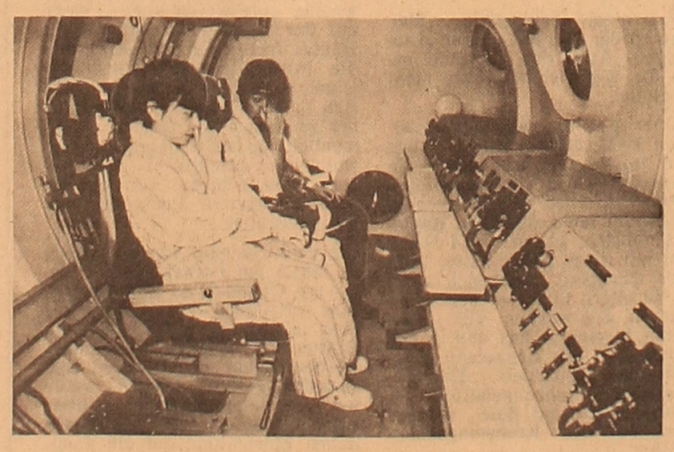
„Advent, Advent, die Uni brennt" —

Österreichs Universitäten in Not

„Advent, Advent, die Uni brennt". Unter diesem Motto stand im Dezember ein landesweiter Aktionstag an Österreichs Universitäten, um unhaltbare Zustände an den Hochschulen der Alpenrepublik anzuprangern. Organisiert von fortschrittlichen Studentenvereinigungen, wurden seit langem existierende Mißstände der Öffentlichkeit ins Bewußtsein gerufen: Unzureichende Ausstattung der Bildungseinrichtungen zum Beispiel, Raumnot und Lehrkräftemangel.

So stehen den 1 000 Hörern in der neuen Studienrichtung Landschaftsökologie in Wien ein Seminarraum für 30 Personen und ein Zeichentisch zur Verfügung. Auf 200 Studenten kommt bei diesem exkursionsintesiven Studium ein Lehrer. In Salzburg hat ein Publizistik-Professor gar 750 Hörer zu betreuen. Ein wenig drastisch, aber durchaus originell präsentierten sich dort Studenten dem zuständigen Minister: Nur mit langen Unterhosen bekleidet, machten sie deutlich, daß sie wie viele ihrer insgesamt 170 000 Kommilitonen im Lande finanziell bis aufs Hemd ausgezogen werden.

Die Vereinigung der Sozialistischen Studenten Österreichs (VSSTÖ) forderte vom Wissenschaftsminister sich für die Erhöhung des Budgets seines Ressorts einzusetzen und die laut Rektorenkonferenz fehlenden 20 Milliarden Schillig zur Sanierung und Modernisierung der Universitäten zur Verfügung zu stellen. Die VSSTÖ-Vorsitzende meint zu wissen, wo die benötigten Gelder finden sind: „Die Bundesregierung soll — anstatt laufend das Budget für das Bundesheer zu erhöhen — mehr Geld für die Universitäten zur Verfügung stellen".



Vorbereitungen zum sowjetisch-japanischen Raumflug

In Tokio wurden unlängst die Namen zweier Kandidaten für die Teilnahme an dem für 1991 geplanten sowjetisch-japanischen Raumflug bekanntgegeben, worüber im März dieses Jahres ein offizielles Abkommen zwischen der japanischen Fernsehgesellschaft TBS unterzeichnet worden war. Diese Kandidaten sind Rioko Kikuti — der einzige weibliche Kameramann der Fernsehgesellschaft, und der 47jährige Journalist Toihiro Akijama, ein ehemaliger Abteilungsleiter des TBS in Washington.

Unser Bild: Toihiro Akijama und Rioko Kikuti während der Übungen im Tokioter Zentrum, die unter der Leitung sowjetischer Spezialisten verlaufen.

Foto: TASS

Ende des Amazonaswaldes schon in 50 Jahren?

Wenn die Vernichtung des tropischen Regenwaldes der Amazonasregion im derzeitigen Tempo weitergeht, wird dieser möglicherweise schon in 50 Jahren verschwunden sein. Diese düstere Prognose stellte kürzlich der brasilianische Wissenschaftler Carlos Nobre vom nationalen Institut für Weltraumforschungen (INPE) in Sao Jose dos Campos auf. Er stützte sich bei seiner These auf Simulationen, die er mit einem amerikanischen Großrechner vorgenommen hatte. Dazu „fütterte" er den Computer unter anderem mit Daten über das Ausmaß der jährlichen Reduzierung des Amazonaswaldes durch Abholzung und Brandrodung. Nach seinen eigenen Berechnungen liegt dieser Wert gegenwärtig zwischen 30 000 und 35 000 Quadratkilometer. Nobre untersuchte auch die Folgen der Ausdehnung von Weideflächen in der Region. Die Ergebnisse des Rechners waren schockierend: Es kommt zu einer Erhöhung der Temperatur, zur Verschlechterung der Bodenqualität, zur Verringerung der Regenmenge sowie zu negativen Folgen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

Während die Temperaturen im Amazonasgebiet gegenwärtig um 24 Grad Celsius liegen, muß bei fortschreitender Abholzung eine Erhöhung auf 27 Grad befürchtet werden. Die Menge des durch Fluß und Pflanzen an die Atmosphäre abgegebenen Wassers wird voraussichtlich um ein Drittel zurückgehen. Die Niederschläge in der Region würden sich um 20 bis 30 Prozent verringern. All diese Veränderungen würden dazu führen, daß der Tropenwald keiner längeren Trockenperiode mehr standhalten könne. Es bestehe die Gefahr, daß in einigen Jahrzehnten in der Amazonasregion statt des üppigen Tropenwaldes eine artenarme Vegetation mit Sträuchern und Gräsern vorherrschen werde.

Aus unserer Post

Eine bemerkenswerte Familie

Auf meine Frage, ob er die Familie Krikbajew kennt, antwortete mir Jakob Schönemann: „Gewiß doch, wer kennt sie denn nicht. Diese Familie ist ja nicht nur bei uns in dem Dshambul-Sowchos, sondern im ganzen Gebiet bekannt". „Warum denn?" fragte ich ihn. „Man hat hier über sie einen Dokumentarfilm gedreht, den man in ganz Kasachstan vorgeführt hat. Vielen ist das Bild aufgefallen, wo die ganze Familie Krikbajew am Dastarchan sitzt", antwortete Schönemann.

Wodurch ist denn die Familie von Duantsche Krikbajew bemerkenswert? Niemand von ihnen hat irgendwelche Heldentat vollbracht. Es sind einfache Bauern. Diese Familie ist dadurch beachtenswert, daß sie aus Vertretern drei Nationalitäten besteht. Duantsche selbst ist Kasache, seine Frau ist Deutsche. Ähnliche Familien sind ja in Kasachstan keine Seltenheit, aber in dieser sind nicht nur die Eltern verschiedener Nationalität. Duantsche und Natalia sind gemeinsam in einem Kinderheim großgewachsen, später heirateten sie auch. Jetzt haben sie fünf Kinder: zwei Töchter und drei Söhne. Alle beherrschen die kasachische und die deutsche Sprache.

Die älteste Tochter Natalia hat Pjotr Jerkeschew geheiratet. Er ist ein Russe, wurde früh verwaist, wuchs in einem Kinderheim in Dshambul auf. Die Familie von Tschingis Jerkeschew hat den Jungen zu sich genommen. So bekam er den Familiennamen Jerkeschew. Die Kinder von Pjotr und Natalia sprechen schon drei Sprachen: Russisch, Deutsch und Kasachisch.

Die zweite Tochter der Krikbajews Aischakul hat den Mechanisatoren Amantai Dschankurasow geheiratet. Die Söhne Woldemar, Amangeldy und Robert haben sich auch Kasachinnen zu Frauen genommen.

Ungeachtet der Zugehörigkeit zu verschiedenen Nationalitäten leben alle Mitglieder dieser großen Familie in Eintracht und glücklich.

Adam ADLER
Gebiet Dshambul

Briefpartner gesucht

Mein Name ist Artur Allmendinger, bin 30 Jahre alt und verheiratet. Von Beruf bin ich Ingenieur.

Ich würde mich gern mit Menschen aus verschiedenen Ländern schreiben.

Meine Interessen sind: Fotografie, Reisen, Natur, Literatur, Musik und Sprachen.

Der Briefwechsel kann in Deutsch oder Englisch erfolgen.

Die zwischen den Ländern existierende Sprachbarriere wird durch Ihre Zeitung reduziert, und so können Leute aus verschiedenen Ländern durch diese Vermittlung persönliche Kontakte knüpfen.

Ich bitte die Redaktion, meine Adresse zu veröffnetlichen:

638710 КазССР, Павлодарская область, г. Экибастуз, ул. Энергетиков, 63—85.

Vorgestellt auf Leserwunsch

Ein Mensch, der sich nicht schonen will

„Nicht allzu häufig begegnet man im Leben einem Menschen, dem man vorbehaltlos sein Schicksal, seine Gesundeit und gar das Mutterglück anvertrauen kann.."

„Gleich vielen anderen hatte ich genug zu hören bekommen von Grobheiten und Mißständen in den Krankenhäusern sowie von eigennützigen Menschen im Gesundheitswesen. Deshalb war ich selbstverständlich sehr beunruhigt, als ich in der chirurgischen Station der dritten Stadtklinik eingeliefert wurde. Desto angenehmer war es für mich, hier die qualifizierte und hingebungsvolle Arbeit sämtlicher Mediziner zu sehen. Meinen besonderen Dank möchte ich dem trefflichen Chirurgen Viktor Metzler aussprechen." (Aus dem Kundenbuch).

Der Arbeitstag des Chirurgen Metzler läßt sich kaum begrenzen. Alles hängt davon ab, was für Kranken eingeliefert werden und was für eine Gefahr ihr jeweiliger Zustand in sich birgt.

Seine Anwesenheit verleiht den Kranken und den Helfern mehr Selbstsicherheit. Diese seine Anwesenheit verspricht ihnen freundschaftliche Anteilnahme und feinen Humor, der den langen Tag im Krankenhaus so verschönt. Deshalb wartet man immer auf den Doktor.

...Am Montag dauerte es recht lange bis Metzler im Krankenzimmer Nr. 6 erschien. Anfangs beunruhigte es dessen Insassen, der Arzt sei womöglich erkrankt. Doch dann wollte jemand seine Stimme im Korridor gehört haben. Dann drängte sich der Verdacht auf, man hätte sich etwas zuschulden kommen lassen. Aber jedoch?

Bis 10 Uhr vormittags hielt es Metzler so aus.

„Sie raten wahrscheinlich herum, warum ich solange ausgeblieben bin?" fragte er stirnrunzelnd. „Können Sie Ihre Angehörigen irgendwie beeinflussen? Gestern abend ruft Olga Wassiljewna bei mir zu Hause an und beschwert sich, sie könne keine Injektionen machen: Das Krankenzimmer stecke voll Besucher, sie seien einfach von der Straße eingedrungen in Schuhen und Oberbekleidung, und zwar in das Zimmer, wo Operierte liegen."

Da muß man eben wissen, wie streng Metzler die Befolgung der Sanitätsordnung fordert. Man erinnert sich an den Fall, wo er dem Vertreter einer höheren Instanz einfach die Tür wies, weil jener nicht entsprechend gekleidet war. Auch die Krankenschwestern und Pflegerinnen müssen manches hinnehmen. „Gut operiert ist erst halbe Sache", pflegt er zu wiederholen. „Der Kranke muß noch gesund gepflegt werden. Für ihn sind Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit in der Arbeit unbegreiflich."

Nicht von ungefähr hebt Metzler das Gesundpflegen hervor. Mitunter ist das für den Kranken ausschlaggebend. Er selbst kommt wohl zehnmal am Tag in das Krankenzimmer der Operierten, um nachzusehen, wie sie liegen, wie ihre Gesichtsfarbe und ihr Gesichtsausdruck sind, wie sie sich mit ihren Bettnachbarn unterhalten. All dies sagt dem erfahrenen Arzt sehr viel. Und dennoch glaube ich, daß er bescheiden tat, als er sagte: „Eine gute Operation ist noch wenig..." Eine gelungene und qualifiziert ausgeführte Operation spricht für sich selbst.

Ich habe von besonderen Fähigkeiten eines Arztes gehört, die heute leider von vielen eingebüßt sind. Die Mediziner selbst sagen mitunter: „Er hat Augen an den Fingerspitzen." Das gilt auch für Metzler. Während ich einmal eine „Leuchte der Medizin" konsultierte, konnte ich mich nicht der Frage enthalten:

„Maßgebend für den Chirurgen sind also die Hände?"

„Und der Kopf, die Denkart?" gab er mir zu bedenken.

„Es kommt vor, daß man eine Geschwulst entdeckt, die sich nicht differenzieren läßt." Das erzählt bereits Viktor Metzler. „Da plagt man sich mit der Diagnostizierung ab, stellt sich immer neue Fragen und findet keine Antwort. Und sieh da, nachts blitzt es auf einmal im Kopf auf. Warum gerade nachts? Alle anderen Erregungsherde im Hirn ruhen, und die Dominante wacht und bleibt aktiv. Da überwindet manchmal der Kranke endlich seine Furcht und bittet: ‚Vielleicht operieren Sie mich gleich morgen?' Ich darauf: ‚Wunderbar, daß Sie bereit sind. Aber auch ich, der Arzt, muß dazu bereit sein...', sage ich dem Kranken offen und ehrlich."

Vor einer besonders schwierigen Operation zu sich selbst finden, die nötige Form und Verfassung erlangen, bedeutet, alle möglichen Varianten in Gedanken ausführlich zu analysieren, sich innerlich auf alles gefaßt zu machen. Die Operation muß möglichst rasch gemacht werden und den Kranken minimal traumieren. In der Nacht vor solch einer Operation schläft der Chirurge meistens schlecht. Sobald er jedoch über die Schwelle des Operationszimmers tritt, sieht man keine Spur von Müdigkeit und Zerschlagenheit mehr. Seine Gedanken sind klar.

Man muß in einem Operationsraum gewesen sein, um die ganze Verantwortlichkeit eines chirurgischen Eingriffs zu erfassen.

„Die Operation soll den Kranken minimal traumieren — körperlich und auch moralisch", wiederholt Metzler nochmals bereits im Ordinationszimmer. „Bedauerlicherweise hängt hier nicht alles nur vom Arzt ab."

Scheinbar ist der Chirurge nicht verpflichtet, seinen Patienten Binsenwahrheiten zu wiederholen. Wie soll er aber handeln, wenn er recht oft manche bittere Beichte in den Wänden des Krankenhauses anhören muß? Diese Offenbarungen weiß der Arzt dann zugunsten des Patienten zu nutzen. Die Krankheit läßt sich leichter bezwingen, wenn der Arzt mit dem Kranken eines Sinnes ist, dessen Kummer zu seinem macht und sich zu ihm wie zu sich selbst verhält, ja noch besser...

Als zwölfjähriger Junge, als er zu einer Impfung in die Sanitätsstelle mußte, war er von der dort herrschenden Reinlichkeit sofort angesprochen. Er vernahm es deutlich, als man ihm sagte: „Alles erledigt. Kannst gehen, Junge." Er aber konnte seinen Blick nicht vom Mann im weißen Kittel wenden... Damals war es dem Jungen noch kaum bewußt, daß er von nun an der Medizin verschrieben war.

Als dann die Zeit der Berufswahl kam, zeigte ihm seine Kusine in seinem Heimatdorf Lwowka, Gebiet Omsk, die Zeitung „Omskaja Prawda" mit der Bekanntmachung der Omsker Staatlichen Medizinischen Hochschule über die Neuaufnahme... Damals war das für ihn eine Entdeckung. Jetzt lächelt und spöttelt er über jenen naiven Jungen. Natürlich kann der angesehene Chirurge sich jetzt so etwas leisten. Damals aber kannte der Junge aus dem entlegenen Dorf weder Elektrizität noch Rundfunk. Das Leben dann wartete mit derartigen Entdekkungen auf Schritt und Tritt auf.

Anfangs empfang er dauernd seelischen Diskomfort, denn er kannte weder die namhaften Fußballspieler, um die bei den Jungen heiße Diskussionen entbrannten, noch die Filmstars, denen die Mädchen nachseufzten. Er hatte keine blasse Ahnung von noch vielen anderen Dingen... Manche wechselten mitfühlende Blicke, andere strichen herablassend sein Haar. Einmal gingen bei solchen Spötteleien seine Nerven mit ihm durch, und er machte zur Verteidigung seiner Würde von seinen Fäusten Gebrauch. Das brachte ihm eine Komsomolrüge ein.

Etwas später begriff er, daß die wahre Kraft nicht in den Fäusten liegt. Die Medizin lag ihm am Herzen, und ihr schritt er zielstrebig und mit beneidenswerter Ausdauer entgegen. Auf Latein bedeutet Student „der Erkenntnissuchende". In diesem Sinn ist ein Arzt eben ein ewiger Student. Der schüchterne Junge prägte sich das fürs ganze Leben ein.

Als dann die klinische Medizin an der Reihe war, fanden seine Kollegen es bald heraus, daß Metzler so manches viel besser gelingt. Die frühere Herablassung machte aufrichtiger Achtung Platz.

„Was meinen Sie", fragte mich neulich Viktor Metzler mit der ihm eigenen Verschmitztheit: „Was haben die Ehescheidungen und der Berufswechsel gemeinsam?"

Ich war völlig überrumpelt. Er selbst mußte seine Frage beantworten.

„In beiden Fällen haben die Menschen sich nicht von Liebe leiten lassen."

Dem ist in der Tat so. Was man nicht alles zu dulden bereit ist, was man nicht alles mit in Kauf nimmt, wenn man liebt — ob nun eine Sache oder den Menschen.

Deshalb wird er immer wieder durch Anrufe, Gesuche und Bitten behelligt. Mehr als 200 Operationen jährlich! „Wenn ein Kranker mich bittet, demnach vertraut er mir und meiner Kunst. Soll ich ihn dieses Vertrauens berauben?"

Die Arbeitsveteranin Sophie Silberstein hat, wie ich aus Gesprächen mit ihr erfahren habe, mehrere Monate in einer Klinik zugebracht, dann in einem anderen Krankenhaus. Die konservative Behandlung brachte Besserung. Zu einer Operation entschloß sich aber keiner, weder hier noch dort. Doch die Ärzte wollten ihr helfen und setzten sich mit Metzler in Verbindung.

...Die Kranke wurde in sehr schwerem Zustand eingeliefert. Metzler entdeckte ein perforierendes Geschwür neben vernachlässigter Peritonitis (Bauchfellentzündung). Nach all den Strapazen, die die Frau durchmachen mußte, sah sie ihren Retter vor ihrem inneren Auge als einen Giganten, einen Hünen. In Wirklichkeit begegnete ihr ein mittelgroßer äußerlich ganz normaler Mann. Aber was für einen inneren Charme strahlte er aus! Die Kranke wurde kurz vor seinem Urlaub eingeliefert. Am anderen Tag erkundigte sich Metzler nach derem Befinden beim diensthabenden Arzt: „Falls nötig, komme ich sofort." Zur Zeit ist sie fast schon genesen und wartet auf Gesundschreibung.

„Mußten Sie ein Risiko eingehen?" fragte ich den Arzt.

„Eigentlich, ja", sagte er offen. „Wenn aber auch die kleinste Chance besteht, muß der Arzt sie nutzen."

Als ich über diesen Aufzeichnungen saß, erfuhr ich, daß Metzler zum stellvertretenden Chefarzt befördert wurde. Dazu gratulieren wir ihm von ganzen Herzen! Auf die Frage: „Nun erweitert sich Ihr Wirkungsbereich wesentlich; werden Sie auch weiterhin operieren?" „Unbedingt", lautete seine Antwort.

Alexander REISCH,
Korrespondent
der „Freundschaft"
Petropawlowsk

Die Zelinograder Staatsbank wird 50

Die Staatsbank des Gebiets Zelinograd begeht in diesem Jahr ihr fünfzigjähriges Jubiläum. Sie wurde 1939 in Akmolinsk (so hieß damals das Gebietszentrum) gegründet. Ihr Kollektiv bestand damals aus einem Buchhalter und ein paar Einkassierern, die auf Pferden das Geld in den Betrieben sammelten. Die Bank war damals in einem kleinen Holzhaus untergebracht.

Kaschfulla Sigangirow leitet die Bank seit 1952. Inzwischen ist sie zu einem modernen Betrieb geworden. Die Mitarbeiter der Bank benutzen elektronische Rechentechnik bei der Arbeit. Nur wenige Banken Kasachstans sind so gut eingerichtet. Hier sind meist Spezialisten hoher Qualifikation tätig.

In diesem Jahr wurde in der Zelinograder Staatsbank eine Neuerung eingeführt: Man hat begonnen, den Betrieben Aktien zu verkaufen. So hat der Sowchos „Progreß" Aktien für 300 000 Rubel erworben. Der Betrieb wird jetzt jedes Jahr 3 bis 5 Prozent Gewinnanteil bekommen.

Unsere Bilder:

Die Buchhalterinnen Sultanowa, Kortschawskaja, Dorowko und Gumann bearbeiten die Aktien.

Der Ingenieur Alexander Kähm und die Programmiererin Olga Lubimowa bei der Arbeit.

Fotos: Juri Kasakow

DDR-Künstler stellte in Moskau aus

In den Ausstellungssälen der Akademie der Künste der UdSSR waren unlängst Graphiken des deutschen Künstlers Gerhard Kettner zu sehen. In diesen gemütlichen Sälen ausstellen zu dürfen, ist für ausländische Künstler eine große Ehre. Insgesamt waren hier rund 200 Aquarelle und Zeichnungen von Gerhard Kettner vertreten.

Der Graphiker hat seine künstlerische Ausbildung in Weimar und Dresden genossen. An der Hochschule für Bildende Künste in Dresden war er auch lange Jahre als Lehrer und Rektor tätig.

Das Hauptthema im Schaffen des Künstlers ist der Mensch. Seine Arbeiten sind in der Mehrzahl philosophisch angelegt. Auch das politische Thema spielt im Schaffen von Gerhard Kettner eine wichtige Rolle, so beispielsweise in der Arbeit „Andenken an Pablo Neruda", das nach dem faschistischen Putsch in Chile entstanden ist.

Georgi CHOBOTJEW

Programmvorschau des Deutschen Radios Alma-Ata

Zunächst informiere ich sie kurz über die Themen der heutigen Ausgabe.

Die Rede ist da hauptsächlich über das Verhalten der Erwachsenen gegenüber den Kindern und Jugendlichen. Der Bericht von Erna Minz aus dem Dorf Tschaglinskoje in Nordkasachstan macht uns zunächst einmal mit einer Kooperative bekannt, die aus lauter Schülern besteht. Diese Kooperative bewährt sich in mehreren landwirtschaftlichen Bereichen, wie zum Beispiel in der Molkerei und Tierpflegung. Inzwischen ist das für die jungen Farmen eine sehr nützliche Praxis, die auch erzieherisch wirkt.

Auch das danach folgende Material aus Tjumen von Friedrich Emig stimmt da, glaube ich, mit diesem Ansatz überein. „Vertrauen und Glauben ist der Schlüssel zum Herzen eines Kindes", behauptet der erfahrene Pädagoge.

Ja, und zum Sendeschluß erwartet Sie heute, liebe Zuhörer, die Wochenübersicht der Zeitung „Freundschaft".

Die morgige Sendezeit am Abend, also am Mittwoch, von 21.30 bis 22.00 Uhr ist ausschließlich den Kindern gewidmet. Und dazu gibt es einen frohen Anlaß. Na ja, die wunderschöne Weihnachtszeit bleibt wie immer für die Kleinen ein Fest voller Erwartung, Freude und natürlicher Geheimnisse. Nun möchte ich es am Vorabend der Weihnachtsfeier nicht verraten, was Euch, liebe Kinder, in diesem Programm erwartet. Ihr könnt zwar vermuten, daß es da viele interessante Dinge geben wird. Kurzum, hört morgen doch einfach zu. Gut?

Und nun zum nächsten Tag. Für die Donnerstagsausgabe dieser Woche sorgt das Deutsche Dramentheater Alma-Ata. Dabei bedeutet das ebenfalls viel Spaß für unsere Zuhörer, nicht wahr? Eine gute Gelegenheit, sich davon wiedermal zu überzeugen, wird Ihnen, werte Freunde, an diesem Tag gegeben, nämlich mit einigen Ausschnitten aus den Aufführungen dieser Theatertruppe. Gewiß die echten Anhänger des deutschen Theaters werden sich nur damit nicht begnügen wollen. Sie gehen einfach ins Theater und besonders in diesen Tagen. Vom 21. Dezember bis zum 24. Dezember präsentiert das Theaterkollektiv eine Reihe von Vorweihnachtsvorstellungen und zwar im Kulturpalast des Alma-Ataer Baumwollkombinats. Wer die Eintrittskarten zu diesen Vorstellungen noch nicht hat, muß sich beeilen. Besucher wird es da sicherlich eine Menge geben.

Also, das war eine kleine Werbung. Und nun kommen wir auf die Freitagssendung zu sprechen. Es gibt da erstmal ein Wirtschaftsthema. Wie auch die meisten Agrarbetriebe hat der Sowchos „Putj Iljitscha" in Nordkasachstan mit mehreren schwierigen Problemen zu tun. Die Lösung dieser Probleme ist in vielem mit der ökonomischen Selbständigkeit des Betriebs zu verbinden. Obwohl das bereits verkündet wurde, bleibt diese Selbständigkeit bisher nur ein Traum. Warum? Also Näheres dazu am Freitag.

Ein bedeutsames Ereignis steht im Mittelpunkt der Reportage von Johann Frei aus Karaganda. Bereits 71 Jahre sind es her, daß 1918 die Deutsche Kommune an der Wolga gegründet wurde. Dieses Ereignis ist auch von den Karagandaern bei einer Festsitzung gewürdigt worden.

Über das Programm am Samstag braucht nicht allzuviel Reklame gemacht werden. Denn wie auch sonst bringt diese Woche eine Menge Hochzeits- und Geburtstagsgrüße unserer Hörer mit sich.

Und jetzt Achtung! Der 24. Dezember dieses Jahres fällt auf den Sonntag. Und am Heiligen Abend bitten wir Sie, liebe Freunde, um Punkt 19 Uhr im ersten Programm auf unserer Welle zu sein. Eine Sonderausgabe zu Weihnachten mit fröhlichem Wort, Gesang und Musik steht Ihnen zur Verfügung. Also, bitte keinesfalls vergessen: am 24. Dezember um 19 Uhr Alma-Ataer Zeit — eine Sendung, gewidmet dem Weihnachtsfest!

Wir wünschen Ihnen einen guten Empfang!

Harry WEDEL

Aus unserem Kulturerbe

Die Chortitzer Mennoniten

von D. H. Epp

12. Folge

Odessa 1889

Da stemmten sich die Ruhigen und Besonnenen dem Anprall der Zornenwogen entgegen. Sie schlugen vor, die Gegend erst einmal weiter in Augenschein zu nehmen und genauer zu untersuchen, bevor man den Stab darüber breche. Auf diesen Vorschlag eingehend, machten sich viele auf den Weg, und die meisten kehrten mit vergnügtem Gesichte wieder zurück. Ein gewisser Anton Klaaßen behauptete bei dieser Gelegenheit: „Dieses Land kommt dem besten in Preußen gleich, wo man 400 Gulden für den Morgen zahlt. Ich wünsche mir kein besseres Land!"

Solches Urteil eines geachteten Mannes stopfte fürs erste den Schreiern das Maul und gab den Zagenden neuen Mut und neue Hoffnung wieder.

Das Gepäck der Einwanderer, welches die Obrigkeit befördert hatte, war angelangt. Als sich nun die erfreuten Menschenkinder ans Auspacken der sehnlichst erwarteten Kleidungsstücke, Hausgeräte usw. machten, fanden die meisten ihre Kisten und Kasten des ursprünglichen Inhalts beraubt und statt dessen mit Steinen oder sonst wertvollem Ballast angefüllt. Selbst diejenigen Sachen, welche noch bis Ort und Stelle gekommen waren durch den langen Transport in den feuchten, oft nassen Barken bis zur Unbrauchbarkeit verdorben.

Ach, das gab ein Erschrecken! Mit Ausnahme der wenigen, die ihr Eigentum auf dem Wagen mit sich gebracht, standen nun alle ihrer Habseligkeiten beraubt da.

Dazu kam noch der Ansiedlung ungünstige Witterung. Der Augusthimmel brachte Regen über Regen. Weil die meisten Ankömmlinge im Freien unter notdürftig aufgeschlagenen Zelten, oder auch auf den verdeckten Wagen bivouakierten, stellte sich bald die rote Ruhr ein und raffte, bei gänzlichem Mangel an ärztlicher Hilfe, viele der Großen und der Kleinen hinweg.

Man mußte schließlich allen Ernstes suchen, unter Dach und Fach zu kommen. Mehrere Familien machten den Anfang mit dem Bau von Erdhütten, außer bei Chortitz auch noch dort, wo gegenwärtig die Kolonie Neuendorf liegt. Andere versuchten sich auf dem Schweinskopf (eine bei Chortitz am rechten Dnjeprufer gelegene Berghöhe, deren äußere Form Ähnlichkeit mit den Umrissen des Kopfes eines Borstentieres haben soll) anzubauen und zwar in jenem Winkel, der durch den Zusammenfluß der Chortitza mit dem Dnjepr gebildet wird. Die beiden Deputierten zogen mit noch etlichen Familien auf die Insel Chortitza, wo Höppner, dank der ihm eigenen außergewöhnlichen Energie, noch im ersten Herbste sein Wohnhaus fertig stellte. Den Platz dazu hatte er sich in dem sogenannten „Kirchengarten", einer Anpflanzung des Fürsten Potemkin, ausgesucht. Nicht gleich energisch handelten seine Gefährten. Sie begnügten sich ebenfalls damit, anfangs Erdhütten zu graben, welche wegen mangelhafter Ausführung wenig Schutz gegen Wind und Wetter boten. Die eigentlichen Unzufriedenen freilich waren gar nicht zum Bauen zu bewegen. Diese lieben Leutchen verlangten anderes Land und meinten in ihrer Verblendung, der Obrigkeit solches durch Widersetzlichkeit abtrotzen zu können.

Doch noch sind wir mit der Aufzählung von schädlichen Einwirkungen auf die Ansiedlung nicht zu Ende. In der Umgegend hauste viel Diebgesindel. Dasselbe beraubte die Eingewanderten in frechster Weise des Wenigen, was noch hie und da an nutzbarer Habe übrig geblieben war. Vornehmlich konnte man die Pferde nicht genug hüten. Eines nach dem andern verschwand auf Nimmerwiedersehen.

Als das von der Obrigkeit zugefaßte Bauholz, in große Flöße zusammengebunden, ankam, bot auch dieses den Freibeutern manchen erwünschten Fang.

Natürlich trieb bei solcher Lage der Dinge der innere Frieden keine besonders großen Blüten.

Von einer vorgefaßten Meinung ist der Mensch schwer abzubringen. Auch das Vorurteil gegen die Deputierten wollte nicht schwinden.

Über alles das, was sich inzwischen ereignete, hatten viele wohl des Winters vergessen. Alle Umsiedler wären unvermeidlich ihrem Verderben entgegengegangen, wenn nicht die hohe Regierung Einsicht gehabt und Nachsicht mit ihnen geübt hätte. Rußlands Obrigkeit nahm sich unserer Voreltern in dieser kritischen Lage an. Sie wurden für den Winter in einem Dorf und in der Festung bei der Kreisstadt Alexandrowsk einquartiert. Die notwendigen Nahrungsmittel an Mehl, Grütze und Salz wurden ihnen aus den Kronsmagazinen geliefert.

So flohen die Tage der kalten Jahreszeit dahin. Der Frühling des Jahres 1790 kam und mit ihm zugleich der strikte Befehl, ohne Verzug zur Anlegung der Dörfer zu schreiten. Hier gab es keinen Ausweg nach rechts oder links, der gerade Weg war: gehorchen.

Unter Leitung der beiden Deputierten wurden in diesem Jahre die Dörfer: Chortitz, Rosental, Insel Chortitz, Einlage, Kronsweide, Neuenburg, Neuendorf und Schöndorf gegründet. Bartsch siedelte in Rosental an, wo ihm als Lohn für seine Bemühungen bei der Einwanderung ein schön gelegenes großes Grundstück am untern Ende des Tales Kanzerowka abgeschnitten wurde, welches er, nach den vielen dort wild wachsenden Rosenstöcken Rosental nannte, worauf die ganze Kolonie diesen Namen annahm.

Höppner blieb auf der Insel. Daselbst bauten die Ansiedler ihre Wohnungen anfangs in gemessener Entfernung von einander, damit jeder, wie in Preußen in der Mitte seines Landstückes wohne. „Sie waren aber kaum mit der ersten Einrichtung ihrer Häuser fertig, als sie auch schon die Notwendigkeit erkannten, enger zusammen zu ziehen und sich in geschlossener Reihe nieder zu lassen. Sie fühlten sich nämlich vor der Raubgier der umwohnenden Nachbaren nicht sicher, welche nicht nur ihr Eigentum, sondern auch ihr Leben bedrohten.

Es mußte gebaut werden, doch es fehlte am notwendigsten dazu, am Gelde. Holz war genugsam vorhanden; die Baumstämme aber mußten zuvor in Balken, Bretter und Bohlen verwandelt werden, bevor sie zu einem Bau zusammengefügt werden konnten. Die versprochenen Unterstützungsgelder (zur wirtschaftlichen Einrichtung auf die Familie 500 Rbl.) liefen in so kleinen Summen ein, daß sie ohne Nutzen für die häusliche und wirtschaftliche Einrichtung verbraucht wurden.

(Fortsetzung folgt)

Unsere Anschrift:
Казахская ССР, 480044, Алма-Ата ул. М. Горького, 50 4-й этаж

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69; 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84; 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414
Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типографии Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом
Объем 2 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
УГ 01509 Заказ 12284

Chefredakteur Konstantin EHRLICH